Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 50 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7501.

Telephon-Nr. 1047. Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts. Telephon-Nr. 1047.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Nr. 142 Halle a. S., Mittwoch den 21. Juni 1899. 10. Jahrg.

Die Patronen Posadowskys.

Berlin, 19. Juni.

Selbst der Selbstmord wird zum Laster, wenn er zur Gewohnheit wird! Die deutsche Regierung scheint dieses boshafte Witzwort nicht zu kennen, oder wenigstens nicht gewillt zu sein, es zu beachten. Staunend fragten wir bösen Sozi uns schon seit dem Tage, an dem bekannt wurde, daß die Regierung auf Vornahme der ersten Lesung der Zuchthausvorlage vor der Vertagung des Hauses bestehe, ob die Regierung denn durchaus darauf brenne, uns mit einem eklatanten Siege über sie in die Ferien zu schicken. Denn daß die Regierung bei der Generaldebatte nach allen Regeln der Kunst Backpfeifen erhalten würde, war vorauszusehen und hat sich heute im vollsten Maße erfüllt. Herr v. Posadowsky hatte zwar erst vor acht Tagen noch kühn und forsch erklärt, wir sollten ja nicht etwa glauben, daß die Regierung alles Material in ihrer Denkschrift verausgabt hätte, sie habe vielmehr die besten Patronen noch im Laufe behalten; aber selbst die regierungsfrommen Parteien hatten die Posadowskysche Selbstermutigung nicht ernst genommen, und heute stellte sich heraus, daß der wackere Staatssekretär nicht einmal mehr über Platzpatronen verfügte, geschweige denn über scharfe Patronen, während unserem Redner die schwersten Geschosse in nicht aufzubrauchender Anzahl zu Gebote standen, mit der er das „Schreckgespenst" der Regierung niederkartätschte.

Die Sitzung begann mit Fortsetzung der Beratung über den englischen Handelsvertrag. Das Haus war nicht übermäßig gefüllt. Nur unsere sozialdemokratische Fraktion hatte sich fast vollzählig eingefunden; die Bänke der anderen Parteien waren nicht wesentlich stärker als zur Hälfte besetzt. Die Tribünen zeigten sich natürlich bis auf den letzten Platz gefüllt, und der Nachfrage nach Einlaßkarten konnte bei weitem nicht genügt werden.

Müd und träge schleppte sich der Handelsvertrag unter interessenlosem Geplänkel zwischen Agrariern und Freihändlern fast anderthalb Stunde fort, bis die Verweisung der Vorlage an eine Kommission der Debatte ein Ziel setzte. Jetzt war das Hauptremen des Tages gekommen: Erste Beratung des Gesetzentwurfs zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses!

Auf den Bundesratsplätzen hatten sich Geheimräte aller Art, Abteilungschefs, Bevollmächtigte der Bundesstaaten und sonstige unbekannte Personen in überaus starker Zahl eingefunden. Auf der Ministerbank saß vornan der Reichskanzler Fürst Hohenlohe, neben ihm Graf v. Posadowsky, dem sich die Herren v. Bülow, Nieberding, Thielmann, Schönherr, v. d. Recke und v. Richthofen anreihten. Eine auserlesene Korona!

Hohenlohe begann den Reigen. Er sprach. Entönig und kraftlos sanken aus dem Munde des Greises die Worte zu Boden. Um ihn zu verstehen, drängten sich die Abgeordneten, namentlich die Sozialdemokraten, um die Tribüne. Die Ausschreitungen der Arbeiter hätten die Regierung gezwungen, den Entwurf dem hohen Hause vorzulegen, die Ordnung im Staate müsse aufrecht erhalten werden; er verstehe, daß die Sozialdemokratie durch den Entwurf schwer beunruhigt werde — große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und einigen Freisinnigen — nicht verstehen würde er es dagegen, wenn die — hier entstand eine Kunstpause, da der Kanzler des Reiches das Wort „gutgesinnte" Parteien, das ihm auf der Lippe schweben mochte, sich doch nicht auszusprechen getraute — wenn die Parteien, die nicht die Republik erstreben und den Kollektivismus herbeizuführen wünschen, der Regierung ihre Unterstützung bei Annahme des Gesetzes versagen würden. Das war alles! Kraftlos, wie er sich erhoben und wie er gesprochen, sank der oberste Beamte des Deutschen Reiches unter dem Schweigen des Hauses wieder auf seinen Sessel.

„Das Wort hat der Herr Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Graf v. Posadowsky!" Der Präsident v. Ballestrem verkündete es, und Herr v. Posadowsky erhob sich. Vor ihm lag ein großer Patronenhaufen, pardon: eine dicke Mappe, gefüllt mit beschriebenen Manuskriptblättern. Jetzt mußte die gewissenlose Hetzerei bezahlter sozialdemokratischer Agitatoren vor aller Welt gerichtet werden! Jetzt mußte die Regierung Schlag auf Schlag den Beweis erbringen, daß sie ohne das Zuchthausgesetz nicht mehr für Leben und Eigentum der deutschen Bürger garantieren könne! Jetzt mußten die noch schwankenden Parteien mit gewaltiger Kraft, und wäre es selbst gegen ihren Willen, herüber gezogen werden ins Regierungslager! Aber was war das? Hatte die Müdigkeit Hohenlohes seinen Staatssekretär angesteckt? Oder — kann mag man dem Gedanken Raum geben — hatte der Streikerlaß-Graf hier nur ein Amt, nicht auch seine Meinung zu vertreten? Fast ebenso marklos wie der Kanzler los er Blatt um Blatt herunter, bis er durch die selbstaufgeworfene Frage, was Freiheit sei, und durch deren Beantwortung: „Freiheit sei, man könne etwas thun oder nicht" das homerische Gelächter der Sozialdemokraten entfachte, das sich bis weit über die Mitte hin fortpflanzte. Der Präsident bat, der Redner möge nicht unterbrochen werden; wenn dann Gegner der Vorlage sprächen, würde er auch dafür sorgen, daß sie nicht von Mitgliedern des Bundesrats unterbrochen würden. Dieser Witz weckte aufs neue die Heiterkeit.

Und dann holte der Herr Staatssekretär alle die alten Ladenhüter aus dem Stummschen Arsenale hervor. Nicht die Regierung sei es, die die Koalitionsfreiheit bedrohe, sondern die streikenden Arbeiter seien es. Die Regierung müsse die Koalitionsfreiheit der Arbeiter der Sozialdemokratie gegenüber aufrecht erhalten. Die Sozialdemokratie wolle ein Staat im Staate sein. Das Selbstbewußtsein der Arbeiter sei durch die industrielle Entwickelung Deutschlands gestiegen; aber den Ausschreitungen des übertriebenen Selbstbewußtseins müsse der Staat mit fester Hand entgegentreten, wolle er nicht das Schwert der Gerechtigkeit aus der Hand legen. Auch die Unternehmer sollten ja mit gleichem Maße gemessen werden. — Gelächter links. — Das Postenstehen sei jedoch bei weitem nicht so harmlos, wie manche glauben; es trage vielmehr alle Kennzeichen der Drohung, Nötigung und Beeinflussung an sich. — Die Arbeiter wissen nun, wie die Regierung den Begriff „Drohung", wofür sie bis ein Jahr Gefängnis ausgeworfen hat, verstehen wird.

Präsident von Ballestrem übergab den Vorsitz an Herrn von Frege, nahm diesem aber nach wenigen Minuten das Zepter wieder ab, während sonst die beiden Präsidenten sich in den Vorsitz teilen. Der Tag mochte Herrn von Ballestrem wohl zu ernst erscheinen, als daß er einen derer, die nicht blaß werden, auf längere Zeit amtieren lassen mochte.

Graf Posadowsky setzte noch dem Hause auseinander, daß der Arbeiter genau dasselbe Recht habe, wie der Arbeitgeber. Wie nämlich dieser nicht jeden Arbeiter einstellt, so brauche auch der Arbeiter nur bei dem Unternehmer zu arbeiten, bei dem er wolle. Das Gelächter bei den Sozialdemokraten belehrte den Staatssekretär, daß nicht alle Leute seine Anschauung über diese Gleichheit teilten. Dreiviertel Stunde sprach schon der Graf, und noch war es ihm nicht gelungen, etwas anders zu erreichen, als wiederholte Heiterkeit der verhaßten Sozialdemokratie. Jetzt brannte er zum Schluß die Patronen ab, die als Schlußeffekt ein Glanzfeuerwerk bilden sollten: die Sozialdemokratie verfüge über eine einflußreiche, weitverbreitete Presse, über eine gute Polizei, die, wie er an seinem Streikerlaß selbst erlebt habe, ihre Fühlhörner recht weit erstrecke, und über ein sehr gut geregeltes Finanzwesen, zu dessen Aufrechterhaltung sie ihre Steuern zwangsweise beitreibe. Er hoffe, daß diese ernste Zeit ein starkes Bürgertum finde. — Das war sein Schluß! Vereinzelte Bravos rechts und große Heiterkeit links waren das Ergebnis der einstündigen Abschießung seines gesamten Patronenvorrats.

„Das Wort hat der Herr Abg. Bebel!" bemerkte Ballestrem. Unser Genosse Bebel ging unerbittlich mit den Scharfmachern und ihrem geheimräthlichen Machwerk ins Gericht. Noch nie habe in seinem langen politischen Leben ein Gesetzentwurf eine so allgemeine Entrüstung und den Zorn in den weitesten, auch indifferentesten Kreisen der Arbeiter ohne Unterschied der Partei und Religion erregt wie dieser, der besser den Titel führen sollte: Gesetz zur Förderung der Sozialdemokratie.

In groß angelegter Rede verbreitete sich Bebel nach einem kurzen Rückblick auf 1866, wo die preußische Regierung im Landtage sogar die Aufhebung des Koalitionsverbotes für die ländlichen Arbeiter beantragt habe, auf die Entwickelung der Scharfmacherei, die schließlich zu dem Ungetüm von Vorlage geführt habe, die jetzt zur Beratung stehe und die eigentlich eine Beleidigung für das Haus sei. Musterhaft haben sich die Arbeiter in Streiks verhalten gegenüber den Unternehmern, die ungestraft gegen ihresgleichen und gegen die Arbeiter den unerhörtesten Terrorismus treiben dürfen. Gerade die organisierten Arbeiter sind nach dem Urteile der Gewerbeinspektoren die, welche sich bei Streiks musterhaft verhielten. Die Schafsnaturen, die sich vom Unternehmer alles bieten lassen, das seien die Idealarbeiter der Regierung. Friedrich der Große soll vor seinem Tode gesagt haben, er sei es müde, über Sklaven zu herrschen; die heutige Regierung dagegen wolle Sklaven. Sie solle sich aber nicht einbilden, daß sie mit solchen Elementen den Staat erhalten könne.

Niemals hätten Arbeiter auch nur entfernt zu solchem Terrorismus gegriffen wie jetzt die Berliner Bauunternehmer, die die Aussperrung auf ganz Deutschland ausdehnen und auch noch den Mörtelfabrikanten, den Steinbruchs- und Ziegeleibesitzern verbieten wollten, an solche Unternehmer zu liefern, die mit den Arbeitern Frieden geschlossen haben.

In langer Reihe führt Bebel dann die schon jetzt bestehenden Strafvorschriften an und deren rigorose Handhabung gegen Arbeiter. Es sei ein Skandal, daß die Regierung sich von so ungeschickten Leuten habe das Material zur Denkschrift bearbeiten lassen. Aber die Regierung wolle eben nicht bloß das Koalitionsrecht der Arbeiter vernichten sondern auch das Organisationsrecht. Die Arbeiter würden sich jedoch weder das eine noch das andere rauben lassen. Eine Schmach für Deutschland sei es, daß sich der Reichstag mit einem solchen Gesetzentwurf beschäftigen müsse.

Die zweifältige Rede Bebels machte sichtbaren Eindruck. Die zahlreichen männlichen und weiblichen Besucher der Diplomaten-Loge waren zwar während der donnernden Anklagerede unseres Genossen einer nach dem andern verschwunden, und auch auf den konservativen Bänken bemühte man sich, Gleichgiltigkeit zu heucheln, aber das konnte den Eindruck der Rede nicht abschwächen. Sieg auf der ganzen Linie! das konnte die Sozialdemokratie am Schlusse der Sitzung ausrufen. An der Grundwand unleugbarer Thatsachen waren die Patronen Posadowskys wie Papierpfropfen abgeprallt, und niedergedrückt verließen die Scharfmacher das Haus. Herr v. Stumm ist noch nicht von seinem Unfall genesen. Gut für ihn! Er wäre sonst heute nochmals unsanft aus seinem Wagen geworfen worden.

Als nächster Redner wird morgen der Silber-Arendt, der Vertreter der Mansfelder Kreise, Leuschners Nachfolger, zu Worte kommen. Arendt gegen Bebel! Spaß muß sein, auch bei der Zuchthausvorlage. Ihre Backpfeifen hat die Regierung schon heute weg; morgen kommen wahrscheinlich noch neue hinzu, und dann geht der Reichstag auf fast fünf Monate in die Ferien.

In gewissem Sinne muß allerdings unsere Regierung sehr „stark" sein, damit sie diese Situation überleben kann.

Wir neiden ihr diese Stärke nicht.

Deutscher Reichstag.

96. Sitzung vom Montag, den 19. Juni 1899, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Reichskanzler Fürst Hohenlohe, Graf Posadowsky, von Bülow.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des **Handelsprovisoriums mit England.** Durch dasselbe wird der Bundesrat ermächtigt, England und den britischen Kolonien bis zum 30. Juli 1900 Meistbegünstigungen zu gewähren.

Abg. Frhr. **Heyl zu Herrnsheim** (natl.) beantragt folgenden Zusatz: „Diese Ermächtigung gilt nur denjenigen Gebietsteilen des britischen Reiches gegenüber, welche den Angehörigen und den Erzeugnissen des Deutschen Reiches das Meistbegünstigungsrecht gewähren."

Zu der Generaldiskussion begründet

Abg. Frhr. **Heyl zu Herrnsheim** (natl., ziemlich unverständlich, da er der Tribüne wiederholt den Rücken zukehrt) seinen Antrag. Die Kolonien seien England gegenüber in Bezug auf ihre wirtschaftlichen Maßnahmen selbständig, sie können daher auch selbständig getroffen werden.

Staatssekretär Graf **Posadowsky** bittet dringend, es bei dem Entwurf zu lassen, wie er aus der zweiten Lesung hervorgegangen, zumal soeben die Antwort der englischen Regierung auf den englischen Handelsvertrag-Vorschlag eingegangen sei; im Falle der Annahme des Antrags Heyl aber denselben an eine Kommission zu verweisen.

Abg. **Lieber** (Z.) empfiehlt die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

Abg. **Brömel** (Frs. Vereg.) ist der Ansicht, daß eine Beschränkung der Vollmacht des Bundesrats allerdings vom konstitutionellen Standpunkt erwünscht sein würde. Indessen sei für den Antrag Heyl nicht dieser Gesichtspunkt maßgebend gewesen. Die Annahme des Antrages würde eine Schwächung der handelspolitischen Position Deutschlands bedeuten. Daher empfehle sich seine Ablehnung, zumal eine Kommissionsberatung in diesem Stadium nicht mehr angängig sei.

Abg. Dr. **Rösicke**-Kaiserslautern (B. d. L.) erklärt im Namen seiner Freunde, daß sie noch immer ihren Standpunkt für den einzig richtigen halten (Heiterkeit), indessen sich auf den Antrag Heyl einigen wollen. Vor allen müsse gegen England vorgegangen werden.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.) ist angesichts der Geschäftslage des Hauses gegen Kommissionsberatung; doch scheint ihm der Vorbehalt, der im Antrag Heyl liegt, notwendig, weil er den deutschen Interessen einen gewissen Schutz sichere.

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (Antis.) ist für die Kommissionsberatung. Infolge der Niederlage Deutschlands in der samoanischen Angelegenheit sei es notwendig, energisch gegen England vorzugehen.

Staatssekretär **von Bülow**: Unsere Stellung in der Samoafrage habe ich dahin präzisiert, daß wir weder den Rechtsboden verlassen haben, noch uns zum Verlassen desselben drängen lassen werden. Nach der Samoaakte sind alle Veränderungen an unsere Zustimmung gebunden. Auf Grund dieses Prinzips der Einstimmigkeit hat inzwischen die Samoakommission die Leitung der Regierung auf Samoa übernommen. Was uns bisher unser Vertreter in der Kommission mitgeteilt hat, lautet zufriedenstellend. In die Streitigkeiten über die Thronfolgefrage auf Samoa werden wir uns nicht einmischen. Wir hoffen, daß die Kommission zu einem befriedigenden Ergebnis gelangen wird und werden uns jedenfalls nicht von unserm guten Recht abdrängen lassen. (Lebh. Beifall.)

Es folgt die erste Beratung der

Zuchthausvorlage.

Reichskanzler Fürst **Hohenlohe**: Noch ehe der Gesetzentwurf dem Reichstage vorgelegt wurde, wurden in der Presse und in öffentlichen Versammlungen lebhafte Angriffe gegen ihn erhoben; auch im Reichstage haben diese Angriffe bereits mehrfachen Ausdruck gefunden. Und doch bringt das Gesetz **nichts Neues und Unerwartetes,** schließt sich vielmehr eng an die vor acht Jahren eingebrachte und damals abgelehnte Vorlage des Ministers von Berlepsch an. Die Bekämpfung des Gesetzes durch die sozialdemokratische Partei begreife ich; dagegen begreife ich nicht, daß diejenigen Parteien, die weder auf Kollektivismus noch auf Republikanismus los steuern, sich an der grundsätzlichen Bekämpfung des Gesetzes beteiligen. (Lachen links. Sehr richtig! rechts.) Das Koalitionsrecht der Arbeiter soll nicht im geringsten beschränkt werden. (Heiterkeit links.) Arbeiterausstände bleiben wie bisher möglich. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Das Gesetz soll lediglich die Beschränkung der Willensfreiheit des einzelnen durch Terrorismus, vor allem aber das Treiben gewerbsmäßiger Agitatoren und Hetzer verhindern. Der Grund der Verzögerung lag in Kinderversuchen, die die verbündeten Regierungen zu beseitigen nicht in der Lage waren. Nach den feierlichen Ankündigungen der Thronrede durften die Regierungen nicht zögern, das Gesetz dem Reichstage vorzulegen, um damit die künstlich geschaffenen Besorgnisse zu zerstreuen. Ich hoffe, daß wir, wenn auch nicht jetzt, doch bei späterer Behandlung, ein Gesetz zu stande bringen werden, das die Interessen der Arbeiter zu schützen geeignet ist. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Ich möchte den einleitenden Worten des Herrn Reichskanzlers noch einiges hinzufügen. Der Herr Reichskanzler hat bereits angedeutet, daß diese Vorlage von ihren radikalen Gegnern nicht sowohl aus sachlichen, als aus allgemein politischen Gründen bekämpft wird. Eine ruhige und objektive Erörterung der Frage habe ich in der gegnerischen Presse nicht gefunden. Man behauptet, wir wollten zwar formell den Arbeitern die Koalitionsfreiheit lassen, sie ihnen aber in Wirklichkeit nehmen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262189906 21-12/fragment/page=0001

Behauptung ist unrichtig (Widerspruch links) und die Herren, die dieselbe aufstellen, wissen, daß dem so ist. (Lachen links.) Ich behaupte persönlich, daß die Koalitionsfreiheit im wirtschaftlichen Interesse aufrecht erhalten werden muß. (Zuruf: Gewiß! bei den Soz.) Die moderne Industrie hat Arbeitsstätten von dem Umfang von Klein-, ja von Mittelstädten ins Leben gerufen. Ganz naturgemäß sind die Ansprüche der Arbeiter an ihre Lebenshaltung, sowie ihr Selbstvertrauen — letzteres namentlich auch durch das allgemeine Wahlrecht — gestiegen. Die Arbeiter haben erkannt, daß ihre Interessen teilweise solidarisch sind, sowie welcher Vorteil für sie in der solidarischen Interessen-Vertretung liegt. Wie die Unternehmer in Syndikaten sich sich zusammenthun, so koalisieren sich daher auch die Arbeiter um ihren Arbeitslohn zu steigern. Gegen diese Erscheinungen ist nichts zu machen; das Erwerbsleben muß mit denselben rechnen; man kann sich damit trösten, daß Ueberspannungen von der einen wie von der anderen Seite ihre nötige Korrektur in sich selbst finden werden. In den Aeußerungen des hier oft zitierten Ehepaares Webb — das bekanntlich sehr arbeiterfreundlich ist — bin ich auf eine Ausführung über die Streikverhältnisse in England gestoßen, aus der hervorgeht, daß Arbeiterausstände doch ein zweischneidiges Schwert sind. Ein Begriff über Koalitionsfreiheit, wie ihn die radikalen Gegner dieser Vorlage definieren, ist unvereinbar mit der Sicherheit irgend eines geordneten Staatswesens. (Sehr richtig! rechts.)

Die Bestimmungen dieser Vorlage bezwecken nichts weiter als einen verstärkten Schutz der persönlichen Freiheit. (Lachen links.) Was ist Koalitionsfreiheit? Was ist überhaupt Freiheit? (Starkes Gelächter.) Freiheit ist jedenfalls die Möglichkeit, etwas zu thun oder auch etwas zu lassen. (Erneutes Gelächter.) Koalitionsfreiheit ist also die Möglichkeit, sich zu koalisieren oder eine Koalition abzulehnen. Wir wollen den Arbeitern das vollkommen freie Selbstbestimmungsrecht geben, unter welchen Bedingungen sie arbeiten wollen. Aber die Koalitionsfreiheit verwandelt sich heute sofort in einen Zwang, sobald von Berufs-Agitatoren oder einer Minderheit von Arbeitern ein Streik beschlossen wird, sobald der Arbeiter als Verräter angesehen wird, der sich diesem Beschluß nicht fügt. Wenn jemand sagt: ich bin zufrieden mit meinem Lose, so nennen Sie ihn — wie dies kürzlich ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter that — einen Dummen oder einen Schuft. Die Vorlage unterscheidet konsequent zwischen der berechtigten Ausübung der Koalitionsfreiheit und dem durch ein übertriebenes Machtbewußtsein der Arbeiter hervorgerufenen Mißbrauch derselben. Sie nehmen, wie aus Ihren Preßäußerungen klar hervorgeht, für sich das Recht in Anspruch, mit gesetzwidrigen Mitteln zu drohen. Noch 1891 hat die sozialdemokratische Fraktion durch ihre Anträge zur Gewerbeordnung das für verwerflich erklärt. Und jetzt sagen sie: ohne Drohung kann man das Koalitionsrecht überhaupt nicht ausüben! Das heißt doch nicht anders, als daß sie erklären: „Wir sind der Staat! Wir haben zu beschließen, und die Arbeiter müssen sich fügen!" Wenn der Staat das dulden wollte, so legt er das Schwert der Gewalt aus seiner Hand in die der sozialdemokratischen Partei. (Sehr richtig! rechts.)

Wer die Berechtigung der Vorlage bestreitet, der muß beweisen, daß die Handlungen, die wir unter Strafe stellen wollen, sittlich erlaubt sind, oder daß die bestehenden Vorschriften schon ausreichen. Beides ist nach unserer Ueberzeugung nicht der Fall. Wir haben aber Licht und Schatten gleichmäßig verteilt, wir haben auch die Arbeitgeber unter Strafe gestellt, die durch ungesetzliche Mittel die Arbeiter von der Koalition fernhalten wollen, da die bisherige Jurisdiktion es zweifelhaft erscheinen läßt, ob jetzt auch die Arbeitgeber getroffen werden. (Heiterkeit links.)

Dazu kommt, daß es bei der Anwendung dieser ungesetzlichen Mittel sich nicht einmal immer um Fragen handelt, die das materielle Los der Arbeiter betreffen, sondern um reine Machtfragen. Viele Streiks werden lediglich deshalb eingeleitet, weil organisierte Arbeiter nicht mit unorganisierten zusammen arbeiten wollen. Man muß die Nichtorganisierten doch vor diesem unerhörten Druck seitens der Organisierten schützen.

Besonders heftige Angriffe hat der Paragraph erregt, der von dem **Postenstehen** handelt. Das soll nach der sozialdemokratischen Presse etwas ganz Harmloses sein. Thatsächlich aber wird dadurch eine Art Belagerungszustand nicht nur über die Arbeitsstätten, sondern auch über die arbeitswilligen Arbeiter verhängt.

Um den Terrorismus bei Streiks zu bekämpfen, haben wir auch die Aufläufe und Zusammenrottungen bei Ausständen unter Strafe gestellt. Für ein geordnetes Staatswesen ist es ein unerhörter Zustand, daß Arbeitswillige in besonderen Fabrikräumen für die Nacht untergebracht werden müssen, daß sie von Polizeikolonnen zur Arbeit geführt werden müssen, wie zu Zeiten eines Bürgerkriegs. (Lachen links.)

Besonders scharf sind die Paragraphen des Entwurfs angegriffen worden, die sich auf die Gemeingefahr beziehen. Ein Streik, der nur einem Industriellen Schaden bringt, fällt niemals unter diesen Begriff. Also erfolgten jene Angriffe durchaus zu Unrecht.

Man hat dann auf die Disparität hingewiesen, die sich in dem **Gestatten der schwarzen Listen** äußern soll. Sie **wollen eben die Aufrechterhaltung der absolutesten Koalitionsfreiheit** den Unternehmern und dem Staate gegenüber; sobald es aber darauf ankommt, die Freiheit derer zu schützen, die sich einer Koalition nicht anschließen wollen, sind Sie nicht zu haben.

Die Sozialdemokratie bildet einen Staat im Staate, sie hat jetzt eine eigene Presse, eine eigene Polizei, eine eigene Finanzverwaltung und ein vollkommenes Steuersystem. Sie bereiten sich nach dem Rezept ihres Parteiheiligen Marx auf das Sprengen der Schale unserer Gesellschaft vor. Ich hoffe aber, daß diese ernste Zeit auch ein starkes mutiges Bürgertum findet. (Ruf Hurra! bei den Soz.)

Abg. **Bebel** (Soz.): Ich hatte geglaubt, es handele sich um ein Gesetz zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses; wie die Begründung, die wir eben gehört haben, beweist, handelt es sich um ein verstecktes **Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie!** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man hofft, damit der Sozialdemokratie zu Leibe gehen zu können, so täuscht man sich sehr: Hunderttausende von Arbeitern werden durch dieses Gesetz uns in die Arme getrieben. (Sehr richtig! bei den Soz. Widerspruch rechts.) Das Gesetz könnte am besten ein **Gesetz zur Förderung der Sozialdemokratie** betitelt werden. (Sehr gut! bei den Soz. Widerspruch rechts.) Seit zwei Jahren steht das Gesetz wie eine Wetterwolke am politischen Himmel. Wir haben es erwartet, auch wenn es nicht in der Thronrede angekündigt worden wäre und haben uns nur gewundert, daß es so spät gekommen ist. Wir haben nun von dem Herrn Reichskanzler gehört, daß allerlei Hindernisse das frühere Erscheinen des Gesetzes verhindert hätten. Eine Anzahl Regierungen haben sich, wie ich zu ihrer Ehre annehme, gegen die Vorlage gesträubt. (Widerspruch rechts.) Schaden hat die Sozialdemokratie von dem Entwurfe nicht. (Ruf rechts: So nehmen Sie ihn doch an. Heiterkeit.) Wird er angenommen, so sage ich Ihnen, es wird eine Empörung unter der Arbeiterschaft Platz greifen, die alles hinter sich läßt, was wir in dieser Beziehung bisher erlebt haben. Der Reichskanzler hat in seiner einleitenden Rede gesagt, nur die sozialdemokratischen Arbeiter könnten gegen den Gesetzentwurf sein. Der Reichskanzler muß sehr schlecht und unrichtig von seinen Geheimräten unterrichtet sein. Wäre er besser unterrichtet, er müßte wissen, daß auch die katholischen und protestantischen Arbeiter, überhaupt alle Arbeiter ohne Unterschied der Konfession und Parteirichtung empört sind über den Gesetzentwurf. Etwas Ungeschickteres als die Einbringung kann ich mir vom Standpunkt der Regierung aus gar nicht denken. Die Folgen dieses Gesetzentwurfs werden Sie, wenn er wirklich angenommen werden sollte, woran ich heute noch zweifle, am eigenen Leibe zu spüren bekommen. (Sehr richtig! links.)

Der Reichskanzler hat auf die gesetzgeberischen Versuche unter dem Ministerium Berlepsch hingewiesen. Als damals aber der § 153 verschärft werden sollte, ließ der Reichstag in seiner übergroßen Mehrheit durch den Abg. Hitze eine sehr deutliche Absage zukommen, und die Regierung hätte sich diese Absage besser zu Herzen nehmen sollen, als sie es gethan hat. (Sehr richtig, links.) Sie hätte sich sagen müssen, so lange eine ähnliche Majorität wie 1891 besteht — und das ist heute noch der Fall — so lange ist an eine Veränderung des § 153 nicht zu denken. Der Reichstag hat damals aber nicht nur eine Verschärfung des § 153 abgelehnt, sondern auch eine Anerkennung der beruflichen Organisationen verlangt. Diese Forderung ist, obwohl sie seitdem immer wieder erhoben worden ist, noch nicht erfüllt worden. Statt dessen kommt diese Vorlage, in der die Arbeiter nicht nur eine Vernichtung des Koalitionsrechts, sondern auch des Organisationsrechts erblicken. (Lebh. Zustimmung links, Widerspruch rechs.) Wenn Sie das bestreiten, so lesen Sie sich doch nur den § 1 durch, und Sie werden einsehen, daß ich recht habe. (Zustimmung links.)

Die Herren von der Regierung haben bestritten, daß der § 153 sich als ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter giebt. Nun, in den Jahren, seitdem wir diesen Paragraphen besitzen, ist er ungezählte Male gegen die Arbeiter, ein einziges Mal gegen Unternehmer angewandt worden. (Hört! hört! links.) Die ultramontane Germania hat ganz ausdrücklich anerkannt, daß dieser Phragraph der richterlichen Willkür Thor und Thüre geöffnet habe.

Der Herr Staatssekretär selbst hat in seiner Begründungsrede darauf hingewiesen, daß die Unternehmer in Ringen, Syndikaten usw. zusammentreten, um den Preis ihrer Waren zu erhöhen. Nun, wenn dem so ist, warum läßt man denn nicht dem Arbeiter billig sein, was dem Unternehmer recht ist? Oder vielmehr — hat der Arbeiter nicht noch einen ganz besonderen Anspruch darauf, den Preis seiner Ware ungehindert erhöhen zu dürfen? Er hat ja nur eine einzige Ware zu verkaufen, eben seine Arbeitskraft; um sein und seiner Familie Leben zu fristen, muß er dem Unternehmer sich selbst, seine Freiheit, während der Stunden der Arbeitszeit verkaufen.

Und noch ein anderer Umstand will hier erwogen sein. Im Interesse der Allgemeinheit ist es weit wünschenwerter, daß der Arbeiter, als daß der Unternehmer seine Lebensansprüche erhöht. Wenn das Einkommen eines Unternehmers verdoppelt wird, so wird er deshalb nicht seine Lebensbedürfnisse verdoppeln; wenn hundert Arbeiter höhere Löhne sich erkämpfen, so haben dadurch **eine Menge kleiner Existenzen des Mittelstandes, Kaufleute,** Bäcker usw. Vorteil: Sie also, meine Herren von der rechten Seite, die Sie ja stets behaupten, Mittelstandspolitik zu treiben, Sie sollten gerade im Interesse der Erwerbsfähigkeit des Mittelstandes für die Koalitionsfreiheit der Arbeiter eintreten.

Ferner: Das Interesse der Allgemeinheit verlangt die Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiter. Von Jahr zu Jahr schwindet die Zahl der Unternehmer zusammen, von Jahr zu Jahr steigt die Zahl der Arbeiter. An dem Wohlergehen der zahlreichsten Klasse ist oder sollte doch Staat und Gesellschaft in erster Linie interessiert sein. Nun wird freilich gesagt, die Löhne der Arbeiter seien in der letzten Zeit gestiegen, in wie geringem Maße solches der Fall gewesen, mögen Ihnen die Berichte der wegen ihrer Arbeiterfreundlichkeit nicht gerade berühmten sächsischen Gewerbeinspektoren zeigen; übrigens will ich die Thatsache einer geringfügigen Steigerung nicht in Abrede stellen; dieselbe geht aber wesentlich auf Ueberstunden und verstärktes Schuften der Arbeiter im Dienste des Unternehmertums zurück.

Meine Herren, die preußische Regierung hat nicht immer die sozialen Anschauungen geteilt, von denen die jetzige sich beseelt zeigt. Im Jahre 1866 brachte sie einen Gesetzentwurf ein, welcher sogar das Koalitionsverbot für die ländlichen Arbeiter aufhob — welch' einen Sturm der Entrüstung würde ein solches Ansinnen heute auf der rechten Seite erregen. (Hört, Hört! b. d. Soz.)

Man kann nicht behaupten, daß die Koalitionsfreiheit von gleichem Wert für Arbeiter und Arbeitgeber ist. Die Motivierung des preußischen Gesetzentwurfes von 1866 erkannte ja auch ausdrücklich an, daß den Unternehmern 1000 Mittel und Wege zu Gebote stehen, um ein Koalitionsrecht zu umgehen. (Hört, hört! links.) Und was erleben wir denn heute? Kommen etwa die Polizeibeamten, mit deren Anwesenheit alle Arbeiterversammlungen beehrt werden, in die Versammlungen der Arbeitgeber? Unter den Augen des Herrn v. d. Recke tagt der Zentralverband der deutschen Industriellen in Berlin und beschäftigt sich mit hochpolitischen Fragen; die Regierung denkt nicht daran, wie es doch ihre verfluchte Pflicht und Schuldigkeit wäre (Unruhe rechts und am Bundesratstische.), den § 8 an die Herren anzuwenden. (Zustimmung links.) Die Aufhebung des § 8 ist uns von dem Herrn Reichskanzler versprochen; **aber versprechen und halten ist zweierlei.** — Sie haben, Herr Staatssekretär, das Webb'sche Werk zitiert. Sie haben offenbar Unglück mit den Geheimräten, die Sie zum Studium des Werkes kommandiert haben; Ihre Zitate beweisen das Gegenteil dessen, das sie beweisen sollen. — Wenn Sie meinen, daß Arbeiter leichtsinnig einen Streik beginnen, so irren Sie sich. Der Opfermut, mit welchem Streiks geführt und unterstützt werden, ist des höchsten Lobes wert; er beweist, daß die Arbeiter darnach ringen, im höheren Maße, denn bisher, der Güter der Kultur teilhaftig zu werden; Ihnen freilich ist der Arbeiter am liebsten, der bedürfnislos, willig, kurzum: eine Schafsnatur ist. (Heiterkeit, Beifall links.) Friedrich der Große soll auf seinem Totenbett erklärt haben, er möge nicht über Sklaven herrschen; unsere heutigen Regierungen aber scheinen **Sklaven als Unterthanen** zu wünschen! (Zust. links, Unruhe rechts.) Der jetzige Gesetzentwurf der Regierung ist viel gefährlicher, als das Begehren von 1891: er vernichtet einfach die Koalitionsfreiheit! — Daß man die **schwarzen Listen**, die übrigens keineswegs nur auf Agitatoren angewandt werden, straflos läßt, ist auch für die ganze Tendenz des Gesetzes bezeichnend; desgleichen die Gleichstellung der Arbeitswilligen mit den regierenden Häuptern in Bezug auf staatsanwaltliche Anträge. Herrn v. Posadowskys Behauptung, daß die Koalitionsfreiheit nicht angetastet werden solle, wird nicht verfehlen, das Gelächter der gesamten deutschen Arbeiterschaft zu erregen. Der Staatssekretär sagt, die Strafbestimmungen des § 153 genügen nicht. Der Beweis des Gegenteils wird uns sehr leicht. Denn was kommen außer § 153 nicht noch für andere Strafbestimmungen in Betracht bei diesen sogenannten Streikvergehen. Das sind zunächst die Strafbestimmungen über Widerstand gegen Beamte über Körperverletzung und einfachen sowie schweren Landfriedensbruch, dann über Hausfriedensbruch, Aufreizung zum Klassenhaß, Erpressung, Sachbeschädigung, und wenn das alles nicht paßt, tritt noch der Grobe Unfugsparagraph in Aktion. Ich meine, man könnle sich mit dem begnügen, was jetzt schon Rechtens ist. Bleiben wir erst einmal bei § 153 und dem, was von ihm die Denkschrift sagt. Die Verurteilungen sollen nach ihr von 72 im Jahre 1892 bis 254 im Jahre 1897 gestiegen sein. Durch diese Steigerung soll die Notwendigkeit der Strafverschärfung bewiesen werden. Soll die Statistik aber irgend welchen Wert haben, so müssen wir auch wissen, wie viel Streiks stattgefunden haben, wie viel Arbeiter daran beteiligt gewesen sind und wie lange die Streiks gedauert haben. (Sehr richtig, links.) Nach einer Statistik, die wir aufgestellt haben, kommen auf 10000 Streikende 3,6 Bestrafungen auf Grund des § 153. 1897 sind 254 Personen bestraft worden, davon haben aber nur 34 Strafen von längerer Dauer als einem Monat erhalten, 218 unter einem Monat. Wir können nur sagen, die Statistik ist in der leichtfertigsten Weise zusammengetragen und ich kann

---

59]

Die Entgleisten.

Eine Katastrophe in sieben Tagen
nebst einem Vorabend
von Ernst von Wolzogen.

Harro stand vor ihr mit ausgebreiteten Armen und zitternd geballten Fäusten. Er war nahe daran, in Thränen auszubrechen — und spielte doch dabei in seinem plumpen, auf Zuwachs berechneten Ueberzieher eine so komische Figur, daß es Lisbeth einige Mühe kostete, ihn nicht abermals durch einen lauten Heiterkeitsausbruch zu kränken.

Sie biß sich auf die Lippen und wartete ab, bis die übermütige Stimmung verflogen war, ehe sie zu ihm sprach.

Freundlich ernst setzte sie ihm auseinander, daß sie ihm dankbar sei für die Liebe, die er ihr entgegenbringe, daß sie aber für seine leidenschaftlichen Ausdrücke und Uebertreibungen gar kein Verständnis habe. Sie sei ihm so gut, wie sie schon manchem vor ihm gewesen sei und noch manchem nach ihm sein zu können hoffe. Daß sie es komisch fände, wenn er zu ihr gar von Heiraten spräche, das könne ihn doch eigentlich nicht wundern. Er werde bald genug selbst darüber lachen müssen, wenn er wieder zur Besinnung gekommen sei. Kurz, sie redete verständig und herzlich auf ihn ein, mit einem frommen Eifer, wie eine gute, innigst besorgte kleine Mama, die ihrem ausgewachsenen Herrn Sohn die Folgen seines Leichtsinns vor Augen zu führen sucht. Und dann deutete sie ihm vorsichtig an, daß ihrem Vater ein großes Leid widerfahren sei, welches sie wahrscheinlich nötigen würde, demnächst nicht nur Neustadt, sondern überhaupt Deutschland zu verlassen.

Harro war außer sich vor Schreck über diese niederschmetternde Eröffnung. Er geberdete sich schier närrisch, behauptete, daß er eine Trennung nicht überleben werde, er wolle ihr nachfolgen bis ans Ende der Welt.

Da hatte denn Lisbeth viel zu thun, um den armen Narren nur einigermaßen wieder zur Vernunft zu bringen. Und als sie schier eine Stunde lang hin und her geredet hatten, ohne daß Harro sich wesentlich getröstet zeigte, da war sie nahe daran, die Geduld zu verlieren. Er that ihr ja von Herzen leid; aber, meinte sie, gar so arg brauche er sich doch nicht anzustellen, und ein bißchen mehr Mann könne auch einer schon mit sechzehn Jahren sein.

Er wollte sie durchaus nicht loslassen. Immer wieder schwur er ihr seine ewige Liebe zu und versuchte sie immer wieder ungeschickt zu umarmen und zu küssen, nachdem sie ihm einen flüchtigen Kuß aus Gnade und Barmherzigkeit geschenkt hatte. Sie machte sich endlich ziemlich unsanft von ihm los und lief davon. —

Im Hausflur begegnete ihr Charlotte, die sie vom Eckstubenfenster aus hatte über die Straße kommen sehen.

„Wissen Sie schon, Fräulein Lisbeth, wissen Sie schon?" rief sie ihr gedämpften Tones entgegen.

„Was denn — daß unser alter Kaiser tot ist? Ja, gewiß!"

„Nein, das meine ich ja nicht. Ihre Tante ist angekommen."

„Meine Tante?!"

Liesbeth wußte in der ersten Ueberraschung gar nicht, wer damit gemeint sei.

Und Charlotte fuhr eifrig, wichtig, neugierig fort:

„Herr Jürgensen hat sie von der Bahn gebracht — o, so eine schöne, elegante Dame! Denken Sie bloß, ein Kleid hat sie von russisch-grünem Tuch, aber vom feinsten, das es giebt — und eine Jacke dazu, bismarckbraun, entzückend modern — alles mit prachtvollem Pelz besetzt — zu schön! Ich schämte mich ordentlich, daß ich ihr in diesem Aufzuge begegnen mußte. Jürgensen stellte sie mir vor. Es war ein ausländischer Name, ich habe ihn nicht recht verstanden."

„Madame Verhaes?" fragte Lisbeth mit bebenden Lippen, die Augen weit geöffnet.

„Jawohl, so war es auch," versetzte Charlotte rasch. „Sie sagte, sie käme ihren Bruder, Doktor Huhn, besuchen. Ach, Lisbethchen, bitten Sie Ihre schöne Tante doch, daß sie zu Tische bleibt. Das wäre zu interessant. Man sieht ja hier nie was Neues."

„Ist meine Tante oben bei Papa?"

„Ach nein, es war so unangenehm. Denken Sie sich nur, wir konnten sie nicht herüberbitten in unser Wohnzimmer, weil wir alle mit Putzen zu thun hatten. Vater zieht doch heute die Uniform an! Und oben beim Professor da räumte die Schmolsien noch auf, weil doch der Unterricht ausgefallen war, und das konnte sie ja nicht wissen, nicht wahr? Da haben wir sie in den Hörsaal bitten müssen und . . ."

„Und Papa ist jetzt mit ihr da drin?" unterbrach Lisbeth, auf die Thür des Schulzimmers deutend, ungeduldig ihren Wortschwall.

Und als Charlotte bejahend nickte, drückte sie die Hand auf ihr pochendes Herz, holte tief Atem und schritt entschlossen auf die Thür zu, hinter der — ihre Mutter sie erwartete.

In demselben Augenblicke, als sie die Hand auf die Klinke legen wollte, wurde die Thür von innen rasch aufgestoßen, so daß sie einen Schritt vorwärts springen mußte, um nicht getroffen zu werden. Es war ihr Pflegevater, der da so eilig heraustrat, mit blassem, verstörtem Antlitz und allen Zeichen höchster Erregung.

„Kind, Du hier?!" rief er erschrocken, halblaut, sobald er Lisbeth gewahrte, warf die Thür mit einem hastigen Ruck hinter sich ins Schloß und stellte sich mit dem Rücken dicht davor. „Du willst doch nicht etwa da hinein?!"

„Papa, ich bitte Dich, sei nicht so grausam!" flehte sie leise und innig. „Vielleicht hast Du ihr doch unrecht gethan. Wir haben doch kein Recht . . ."

Die Worte versagten ihr, die Aufregung drückte ihr die Kehle zu. Sie erhaschte eine seiner abwehrend ausgestreckten Hände. Sie war kalt und feucht und zitterte.

„Ob Recht oder nicht," keuchte der Doktor, „ich lasse Dich nicht hinein, ich dulde es nicht! Jetzt geh' hinauf, sage dem Leutnant, was geschehen ist, und bitte ihn, sofort herunter zu kommen. Die Dame hat mit ihm zu sprechen — sofort, hörst Du — sehr dringend! Er soll mich nicht mehr lange mit ihr allein lassen. Wenn er mit ihr gesprochen hat, dann kannst Du ihn ja fragen, ob Du sie sehen darfst. Er hat jetzt die Verantwortung für Dich. Beeile Dich, hörst Du!"

Einen Augenblick zögerte Lisbeth noch. Dann lief sie davon und die Treppe hinauf, so rasch sie konnte.

Doktor Huhn sah ihr nach, bis sie seinen Blicken entschwunden war. Dann wandte er sich langsam um, das Gesicht nach der Thür, fuhr sich über Stirn und Haar und holte tief Atem. Da gewahrte er in dem halbdunklen Hausflur, vor der Thür des Eßzimmers stehend, mit vorgestrecktem Halse und offenem Munde neugierig lauschend das Fräulein Charlotte. Er zuckte leicht zusammen, brummte etwas in seinen Bart, zog die Schultern hoch, als wollte er sagen: „Was thut's? Nun ist ja doch alles gleich" — und dann trat er rasch in das Schulzimmer.

Charlotte hörte ihn den Riegel hinter sich zuschieben. —

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

— Aesthetisch. Frau (bei einem Diner): Also nach dem Braten singt unsere Klara das Heinesche Lied „Am Meer".
Mann: Gut, dazu kannst Du ja dann den Heringssalat servieren lassen.

— Grund genug. A.: Warum ist denn Ihr Freund so still?
B.: Ja, wissen Sie, der will sich auch amüsieren, der ist nämlich sonst Ausrufer in der Hasenhaide.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218990621-12/fragment/page=0002

es mir nur erklären, daß der arme Geheimrat à tout prix etwas bringen mußte. (Heiterkeit.)

Redner geht hierauf dazu über, einzelne markante Urteile mitzuteilen, welche wegen Streik-Vergehens gegen die Arbeiter gefällt sind und hebt besonders die Urteile hervor, die wegen Erpressung ergangen sind, wenn die Arbeiter den Fabrikanten davon unterrichtet haben, daß sie in einem Streik eintreten beabsichtigen. (Direktor **Boedtke:** wegen Drohung mit einem Streik.)

Präsident Graf **Ballestrem:** Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen. (Große Heiterkeit.)

Ein Arbeitgeber wollte den Stundenlohn von 45 auf 43 Pf. herabsetzen. Ein Arbeiter sagte ihm, dann würde er dafür sorgen, daß in den nächsten 4 Wochen kein Arbeiter auf den Bau kommen solle. Er wurde wegen Erpressung mit sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust bestraft. (Lebhafte Rufe links: **Pfui!**)

Präsident Graf **v. Ballestrem:** M. H., der Ruf Pfui ist unparlamentarisch. Das hat schon einer meiner Vorgänger festgestellt.

(Große Heiterkeit, weil diesen Ordnungsruf des Vorgängers Graf Ballestrem selbst erhalten hat, als er Pfui gerufen hatte, weil Bismarck den Attentäter Kullmann dem Junkertum an die Rockschöße hängen wollte.)

Abg. **Bebel** (fortfahrend): Auch das Streikpostenstehen wird heute schon oft bestraft, freilich nur bei den Arbeitern, nicht auch bei den Arbeitgebern, wie das in Geestemünde konstatiert worden ist, wo die Arbeiter 34 Strafmandate erhielten, die Unternehmer nicht ein einziges. Ueberhaupt ist nur ein einziger Arbeitgeber bestraft worden, in Eisenach im vorigen Frühjahr. Dieser hatte einen anderen Arbeitgeber der die Forderungen der Arbeiter bewilligt hatte, mit Drohungen veranlaßt, diese Bewilligungen zurück zu nehmen. Die Staatsanwaltschaft lehnte ein Einschreiten zunächst überhaupt ab, die Oberstaatsanwaltschaft leitete das Verfahren ein und der Arbeitgeber erhielt 1 Tag Gefängnis. Sie kennen ja die milden Strafen, die die Unternehmer auch sonst wegen Uebertretungen der Schutzvorrichtungen z. bekommen. Sie kontrastieren mit der Härte der Strafen gegen Arbeiter durch ihre Milde und der ganze Klassencharakter unseres Staats kommt dabei klar zum Ausdruck.

Ebenso milde werden die Arbeitswilligen behandelt. Im Oktober 1898 verurteilte das hamburgische Schöffengericht fünf Arbeitswillige zu 5 M. und einen zu 10 M. Strafe, weil sie ohne sichtbaren Grund einen Streikenden überfallen und gemißhandelt hatten. (Hört! hört! links.) Bei bloßer Drohung auf der andern Seite sind viele Monate Gefängnis verhängt worden. Der Maurermeister Kraft in Altenburg wurde von einem seiner Genossen denunziert, weil er zu Arbeitswilligen gesagt hatte: Schlagt jeden mit der Wasserwage über den Kopf, der sich Euch naht. Daraufhin bekam er am 13. Juni 1897 eine Zuschrift des Staatsanwalts, nach der das Verfahren gegen ihn eingestellt war. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und zwar weil seine Aeußerungen eine bei der Haltung der streikenden Maurer damals angebrachte Warnung enthalte. Hätte ein Arbeiter diese Drohung gebraucht, 6 Monate Gefängnis wären ihm sicher gewesen. (Sehr richtig! links.) So könnte ich Ihnen noch nach den verschiedensten Richtungen hin mit weiterem Material aufwarten. Namentlich die Denkschrift der General-Kommission enthält eine gewaltige Fülle von Thatsachen und steht an Sachlichkeit und Objektivität weit über der Denkschrift der Regierung. (Lachen rechts, Zustimmung links.) In den Motiven zum Entwurf steht auch nicht ein einziges Wort gegen die Unternehmer, mögen sie thun, was sie wollen. Einen besseren Beweis für den einseitigen Klassencharakter der Vorlage kann man nicht verlangen.

Wie gehen denn nun die Unternehmer vor? Ich habe hier ein Schriftstück von dem Obermeister der Innung Bauhütte in Bremerhaven. Da wird sämtlichen Maurermeistern mitgeteilt, daß ein Streik ausgebrochen sei. Es wird eine Liste mit 336 Namen beigefügt und gesagt: Diese Leute solle man in ganz Deutschland nirgendwo zur Arbeit annehmen, so lange in Geestemünde der Streik betehe. — In Neumkirchen, der Residenz des Herrn v. Stumm, wurde vor kurzem in einer Maurerversammlung eine Arbeitseinstellung beschlossen. Darauf wurde den Arbeitern gedroht, jeder der künftig eine derartige Versammlung besuche, werde von der Arbeit ausgeschlossen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also das wichtigste politische Recht wird den Arbeitern benommen!

Was für einen Druck auch die Staatsbehörden auf die Unternehmer ausüben, beweist folgender Fall. Zwei Steinbruchsarbeitern bei Magdeburg, die sich in der Organisation eines Streiks hervorgethan hatten, schreibt der Unternehmer: Das Landratsamt verlange ihre Entlassung, sonst würden ihm weder Kreis- noch Provinzialarbeiten weiter überwiesen werden. Es thäte ihm sehr leid, aber er könnte sie nicht behalten. Wozu dann noch dieses Gesetz!

Auch von den Unternehmern wird Zwang und Drohung gegen Unternehmer angewandt, welche Ringen und Trusts nicht beitreten wollen. Wenn den Unternehmern alle Mittel der Ehrverletzung, des Verrufs, der Drohung freistehen, um Leute in eine Verkaufsvereinigung zu zwingen, die den Preis der Waren zu erhöhen bezweckt, so sollten allerdings solche Mittel auch den Arbeitern freistehen. Redner weist auch auf das Zucker-, das Kohlen-, das Drahtstift- und das Spiritus-Syndikat und ihre Verrufserklärungen gegen die außerhalb des Rings stehenden Unternehmer hin.

Nun noch einige Worte über die Denkschrift. Sie ist in der That das **Unsinnigste**, ich möchte sagen das **Gehässigste**, was mir jemals in meinem Leben in einem offiziellen Schriftstück begegnet ist. (Sehr wahr! links. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf **Ballestrem:** Eine Vorlage der verbündeten Regierungen dürfen Sie nicht gehässig nennen.

Abg. **Bebel** fortfahrend: Die Denkschrift bringt ganz unkontrollierbare Angaben. Keine Namen werden genannt, keine näheren Bezeichnungen angegeben. Dieselben Streiks sind dort manchmal **30mal** aufgeführt, so daß sie den Eindruck von 30 verschiedenen Streiks erwecken. Da wird als tiefgründige Weisheit erzählt, daß man die und die Personen, die das und das gemacht hätten, nicht habe bestrafen können, weil man sie nicht erwischt habe. (Heiterkeit.) Wie kann ein Mann, der Jura studiert hat und bei dem man doch eine gewisse logische Denkfähigkeit voraussetzen muß, eine solche Denkschrift abfassen, die geradezu eine **Beleidigung für den Reichstag ist.** (Sehr richtig links.)

Die Denkschrift bringt vor allem Aussagen von Polizei-Organen. Nun, ich meine, man brauchte sich in solchen Fällen wirklich nicht an die Polizei zu wenden. Jeder Polizist betrachtet sich gewissermaßen als Stellvertreter Gottes. Ebenso wenig war die Staatsanwaltschaft geeignet, Auskunft zu geben. Jeder Staatsanwalt betrachtet es beinahe als persönliche Beleidigung, wenn der Uebelthäter, gegen den er eine Bestrafung beantragt hat, freigesprochen wird und er wird sich immer eine Verschärfung der Gesetze wünschen, damit so etwas nicht wieder vorkommt. Auf Seite 39 der Denkschrift hat mich ein Satz höchlichst amüsiert. Es heißt da: „Gröbere Ordnungsstörungen usw. wurden bei den Stuttgarter Streiks in der Regel mit Bedacht vermieden, um den Schein des Gesetzlichen thunlichst zu wahren, an strafbaren Ausschreitungen aber fehlte es nicht." Ich muß gestehen, ich würde mich schämen, so etwas hinzuschreiben. Besonders wird in der Denkschrift auf das Ausstellen von Streikposten hingewiesen. Ohne diese Streikposten ist doch aber kein Ausstand möglich. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn das geschieht ohne Körperverletzung, ohne Beleidigung, so muß es auch erlaubt sein, so es wäre ein Skandal, wenn es strafbar wäre. In der Denkschrift heißt es: Da man hierbei (beim Postenstehen) wohlweislich von der Anwendung strafbarer Handlungen regelmäßig abgesehen, so konnte in den seltensten Fällen eingegriffen werden. Das ist eine wunderbare Logik und klingt wie Schmerz darüber, daß nicht mehr Bestrafungen erzielt werden konnten.

Die gesamte Arbeiterpresse ist einmütig in der Verurteilung der Denkschrift und besonders des beigebrachten Thatsachenmaterials. Ganz anders wie die Denkschrift die Zustände in Baiern und Baden schildert, lauten die Berichte der dortigen Gewerbeinspektoren. In verschiedenen Landtagen haben unsere Parteigenossen ihre Regierungen deshalb schon zur Rede gestellt, aber nirgends konnte eine genügende Antwort gegeben werden.

Noch auf eins möchte ich eingehen: die Arbeiter werden oft wegen beleidigender und verletzender, in der Erregung gefallener Aeußerungen bestraft. Man sollte aber in dieser Beziehung die Arbeiter nicht mit dem Maße messen, mit dem man die Angehörigen der höheren Gesellschaftsschichten mißt. Man muß eben die unter den Arbeitern — aber auch bei den Unternehmern den Arbeitern gegenüber — gebräuchliche Umgangssprache berücksichtigen, um diese Dinge richtig beurteilen zu können. Die Denkschrift wendet sich besonders gegen die Agitatoren. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Partei Leute anstellt, die infolge der schwarzen Listen arbeitslos geworden sind. Andere Parteien thun das auch; unsere Agitatoren verfechten nicht minder ihre Ueberzeugungen, als etwa Herr v. Wangenheim den Bund der Landwirte vertritt. Herr Schweinburg bekommt doch auch 10 000 M. für seine Korrespondenz, für deren Anfertigung er wahrscheinlich seinem Schreiber 3000 M. zahlt.

Welche Wirkung, denken Sie denn eigentlich, übt dieses Gesetz auf die Arbeiter aus. Es regt die Gesellschaft in ihren tiefsten Tiefen auf. Im Interesse der Regierung wie des Reichstags würde es sein, wenn die Vorlage so schnell wie möglich erledigt würde. Eine Kommissionsberatung ist jetzt ja aussichtslos; die Vorlage wird also event. bis zum Herbst liegen bleiben; wir würden — wie es unsere heilige Pflicht ist — die Zeit auf das allergründlichste ausnutzen. Ihr Vorteil ist also, täuschen Sie sich darüber nicht, die Verschiebung der Entscheidung nicht. Daher thun sie am besten, der Generaldebatte unmittelbar die zweite Beratung folgen zu lassen und die Vorlage in den Papierkorb zu befördern, wohin sie gehört. Wird sie oder eine ähnliche Gesetz, so gereicht es Deutschland zur Schande und Schmach. (Lebh., langanhalt. Beifall b. d. Soz.).

Die Weiterberatung wird darauf auf Dienstag 1 Uhr vertagt.

Schluß der Sitzung: 5¾ Uhr.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 20. Juni 1899.

Eine Kaiserrede. In Brunsbüttel bei Hamburg hielt der Kaiser beim Diner zu Ehren der Elb-Segelregatta folgende Ansprache:

„. . . Der Segelsport ist eine von den Künsten — so will ich es nennen — die wir pflegen, weil wir in gesichertem Frieden zu leben im stande sind, und wir können das bloß, weil wir nunmehr auf der Basis stehen, die mein seliger Großvater und mein seliger Vater uns erstritten haben. Und keine Kunst ist wohl so geeignet, den Mut zu stählen und das Auge zu klären, wie die Fahrt auf dem Wasser. Ich hoffe, daß jahraus, jahrein vom Innern des Landes mehr und mehr ein starker Zuzug hierher stattfinden werde, um immer mehr die Reihe der Segelsportfreunde zu stärken und zu vermehren und nicht blog den Kampf mit den Elementen aufzunehmen, die Geschicklichkeit fordert, sondern ich verspreche mir auch von dem Verkehr des Inlandes mit der „Wasserkante" große Vorteile und befruchtende Gedanken auf mein Volk. . . . . Es ist mein Grundsatz, überall, wo ich kann, neue Punkte zu finden, an denen wir einsetzen können, an denen in späteren Zeiten unsere Kinder und Enkel sich ausbauen und das zu Nutzen machen können, was wir ihnen erworben haben. Langsam nur hat das Verständnis für Wasser- und Seewesen, für die Wichtigkeit des Meeres und seiner Beherrschung bei unseren Landsleuten Platz gegriffen, aber das Verständnis ist erwacht, und wenn einmal beim Deutschen eine Idee, ein Gedanke Funken gefangen hat, so wird selbiger auch bald zu lodernder Flamme. So wird es auch hier sein. — **Das deutsche Volk ist wie ein edles Vollblutpferd: es duldet nicht, daß ihm einer an die Gurten herankommt."**

Die Aeußerung des Kaisers über die ostelbischen Arbeiterwohnungen im Verhältnis zu den Schweineställen hatte bekanntlich in der konservativ-agrarischen Presse sehr ungeschickt und war verschiedentlich als ungenau, übertrieben, mißverstanden und dergleichen hingestellt worden. Die Elbinger Zeitung, von der jene Aeußerung in die Oeffentlichkeit gebracht worden war, hält ihre Mitteilungen jedoch aufrecht. Sie schreibt:

„Wir betonen, daß wir die Aeußerungen Sr. Majestät mit stenographischer Genauigkeit wiedergegeben haben, daß wir unsern Bericht **in vollem Umfange aufrecht erhalten** und uns von keiner Seite etwas davon abhandeln lassen. Unser Gewährsmann ist noch sicherer informiert als der der Kreuz-Zeitung und ganz unanfechtbar. Von „Irrtümern", „ganz unangebrachten politischen Erörterungen", „auf eine größere Entfernung etwas gehört haben" kann gar keine Rede sein. Deutlicher zu werden haben wir keine Veranlassung. Die Sache ist für uns erledigt.

Der „Gewährsmann" der Elb. Ztg. ist in der hat unanfechtbar, wenn er, wie die westpreußischen Blätter behaupten, — die Frau Landrat von Etzdorf ist, mit der der Kaiser eben jene Unterhaltung geführt hat.

Ein freisinniges Festmahl. Die Volksztg. schreibt: Der gewesene Vorsitzende der Kommission für die Vorberatung der Invaliditätsversicherungsnovelle, der freisinnige Abgeordnete Reinhard Schmidt, hatte zu Freitag abend — seine Mittel erlauben ihm das — nach berühmten Mustern ein Festmahl im Savoy-Hotel veranstaltet, wo das Ereignis der glücklichen Entbindung der hohen parlamentarischen Körperschaft von dem Invaliditätsgesetze in gebührender Weise mit Seft begossen werden sollte. Zu dem Mahle war auch der Staatssekretär Graf Posadowsky geladen. Wahrscheinlich um diesem sowie den konservativen und anderen staatserhaltenden Mitgliedern der geladenen Kommission in der reinen Atmosphäre umsturzfeindlicher Geselligkeit „den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen," hatte der Gastgeber es unterlassen, die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, welche in die Kommission delegiert waren, zur Mitarbeit an der Absolvierung des Menüs und der Weinkarte heranzuziehen. Auch der freisinnige Abgeordnete Fischbeck, der in der Kommission gegen Herrn Schmidt den Standpunkt der Fraktion vertrat, war, wie wir hören, mit einer Einladung nicht bedacht worden. So waren die Regierungsfreundlichen ganz unter sich. Die Ausgesperrten werden sich über den Entgang der kulinarischen Genüsse, um die sie gekommen sind, hoffentlich schon getröstet haben, wenn der staatsmännische Takt des Abg. Schmidt noch in allen reaktionären Blättern laut gepriesen wird.

Wie die angehenden „Zuchthäusler" für das Gemeinwohl arbeiten. Die Dresdener Ortskrankenkasse weihte am Sonntag ein neues Frauengenesungsheim ein, das auf den Höhen der Meißener Berge bei dem Dorfe Zitzschewig liegt. Es wurde dabei den erschienenen Gästen ein kleines Festessen geboten. An der Tafel saß der Agitator und angehende „Zuchthäusler" Fräßdorf, Vorsitzender der Ortskrankenkasse, und dicht neben ihm — — — die als Regierungsvertreter entsandten Geheimräte Dr. Bodel und Dr. Naundorf. Die Gäste wurden mit Kaffee und Kuchen bewirtet. Der „Zuchthäusler" Fräßdorf hielt eine kleine Begrüßungsansprache. Und nun ihr sächsischen Scharfmacher und Spießbürger vernehmt mit Schrecken, was sich wieder ereignete. Herr Geheimrat Dr. Bodel sprach dann namens des Ministeriums des Innern, das er mit seinem Kollegen Geheimrat Dr. Naundorf vertrat — der Minister von Metzsch sei leider heute verhindert und werde das Haus später einmal besuchen —, dem Vorstande seine Anerkennung für das, was hier geschaffen, aus und schloß mit dem Wunsche, daß möglichst viele Krankenkassen, soweit ihnen möglich, dem Beispiel der Dresdener folgen möchten. In einer solennen und gemütlichen Kneiperei in Berges Restaurant in Zitzschewig fand die schöne Feier erst spät abends ihr Ende.

Das ist einfach schauderhaft. Ein Vertreter des Ministeriums spricht einem Kassenvorstand — der aus lauter „Umstürzlern" und angehenden „Zuchthäuslern" besteht — Dank aus für die Leistungen im Interesse des Gemeinwohls und tafelt ganz gemütlich mit ihnen. Herrgott, wenn in dem Kuchen Umsturzpillen waren, dann besteht die Gefahr, daß die ganze Regierung „angesteckt" wird. Schauerlich, schrecklich!

Im Zeichen des Zuchthauskurses. Der weibliche Fabrikinspektor, mit dem im Großherzogtum Weimar kaum ein Anfang gemacht ist, soll, wie es scheint, wieder beseitigt werden. Die Weim. Ztg., unser offiziöses Organ, schreibt hierzu:

„Wie wir hören, hat die versuchsweise Zuziehung weiblicher Assistenten zu den Geschäften des Fabrikinspektors, welche vorläufig für den I. und II. Verwaltungsbezirk eingerichtet war, insofern die Erwartungen nicht erfüllt, als den zugezogenen Frauen, obwohl ausreichendste Erfahrung und Sachverständnis ihnen zur Seite stand, doch nur in äußerst wenigen und überdies an sich bedeutungslosen Fällen von den Arbeiterinnen Gelegenheit gegeben wurde, Mitteilungen der Art, wie ihr Amt es voraussetzte, zu erhalten. Danach scheint für diese Verwaltungsbezirke ein Bedürfnis, die erwähnte Einrichtung fortbestehen zu lassen, nicht vorhanden zu sein. Weitere Versuche werden ergeben, ob in den anderen Landesteilen etwa Aehnliches sich zeigt."

Es ist eigentümlich, wie schnell man derartige, der Allgemeinheit zu dienen bestimmte Einrichtungen abzuschaffen bereit ist. Wie lange dauert es aber in solchen Fällen, ehe nur ein kleiner Schritt nach vorwärts unternommen wird. Die offiziöse Begründung berechtigt noch lange nicht zur Abschaffung dieser wichtigen Institution; man kann doch auf diesem Gebiete noch nicht groß von Erfahrungen sprechen, denn dazu ist die Sache doch noch zu neu. An den Arbeitern resp. Arbeiterinnen liegt es aber, dazu mit beizutragen, daß der oben angedeutete Rückschritt nicht gemacht werde.

Das „unparteiische" Reichstagspräsidium. Die Deutsche Bauzeitung schreibt mit Bezug auf den Verweis, den unser Genosse Singer erhielt, weil er eine Aeußerung des Kaisers über die Beschaffenheit der ländlichen Arbeiterwohnungen in die Debatte zog, folgendes:

„. . . Unwillkürlich erinnert man sich dabei der Reichstagssitzung vom 20. März d. J., in welcher der Abg. Lieber auf die gleichfalls unbeglaubigte Aeußerung des Kaisers, wonach das Reichshaus der „Gipfel der Geschmacklosigkeit" sein sollte, sich beziehen durfte, ohne von dem Präsidium auf das Unzulässige einer solchen Anspielung aufmerksam gemacht zu werden. Es liegt uns fern zu erörtern, ob die verschiedenartige Auffassung des Herrn Präsidenten über beide Fälle etwa daraus entsprang, daß damals der Führer der maßgebenden Partei des Hauses und diesmal ein Führer der sozialdemokratischen Partei in Frage kam, oder daß diesmal den Agrariern ein Aergernis gegeben wurde, während es sich früher nur um einen Steinwurf gegen den Baumeister des Reichshauses gehandelt hatte. Jedenfalls glauben wir feststellen zu müssen, daß auch im Reichstage mit zweierlei Maß gemessen wird."

Das ist uns Sozialdemokraten schon längst nichts Neues mehr.

Unsere Macht. Der hessische Bauernbund hat am 11. d. Mts. eine Haupt-Versammlung in Frankfurt a. M. abgehalten, die in mancher Hinsicht interessant ist. Erst appellierte der antisemitische Landtagsabgeordnete Köhler-Langsdorf an den speziell hessischen Patriotismus und forderte die Regierung auf, sich bewußt zu werden, daß Hessen kein Vasallenstaat Preußens sei, sondern ein Bundesstaat. Dann teilte Köhler mit, daß die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft ein Gesuch wegen Preißermäßigung bei Besuch der Ausstellung für die Mitglieder des Mitteldeutschen Bauernbundes zurückgewiesen habe, während sie den Arbeitern, „also den Anarchisten und Sozialdemokraten", ermäßigten Eintritt gewähre. Es sei das ein Beweis dafür, daß die Gesellschaft im Schleptau der Industrie sich befinde, und daß sie sozialdemokratisch sei! **In Hessen mache niemand anders als der Sozialdemokrat Ulrich die Gesetze;** wenn die Regierung etwas durchbringen wolle, wende sie sich erst an ihn. Die Nationalliberalen brauchten nicht gefragt zu werden, sie seien im Grunde ja doch nur die Vorgänger der Sozialdemokraten." Wir wünschten nur, Köhler hätte recht, dann würde es in Hessen bald besser aussehen.

Kleine politische Nachrichten. Die deutschen Delegierten auf der „Friedenskonferenz" in Haag, die Professoren Stengel und Zorn, sowie der amerikanische Delegierte Holls sind nach Berlin gereist, um dem deutschen Kaiser Kompromißvorschläge in betreff des Schiedsgerichts zu machen. So lange diese Verhandlungen schweben, sind die Erörterungen über diesen Gegenstand in Haag suspendiert. — Das Portal! In der Verwaltungsstreitsache des Berliner Magistrats gegen den dortigen Polizeipräsidenten wegen des Portals auf dem Friedhofe der Märzgefallenen ist der Termin vor dem Bezirksausschuß auf Freitag, den 30. Juni d. J., anberaumt. — Der Landesausschuß in Elsaß-Lothringen hat auf Antrag des Abg. Winterer die Aufhebung des Diktaturparagraphen beschlossen; ob der Bundesrat diesem Antrage stattgeben wird, ist zweifelhaft.

Ausland.

Frankreich. Das Ministerium Waldeck-Rousseau ist so ziemlich gesichert. Zwar herrscht über die Personenliste noch große Unklarheit und man spricht von General Brugere als Kriegsminister, doch bleibt es wahrscheinlicher, daß Waldeck-Rousseau selbst den Krieg übernimmt. Dem Sozialist Millerand soll das Ministerium der öffentlichen Arbeiten angeboten sein, doch ist es zweifelhaft, ob die sozialistische Gruppe zustimmt, an der ganzen Kombination aktiv teilzunehmen. Senator Monis soll die Justiz erhalten, der Deputierte Caillaux die Finanzen. Sicher von allem bleibt nur, daß Delcasse das Aeußere und Leygues den Unterricht behält.

— Die Machinationen gegen das Kriegsgericht in Rennes, das über Dreyfus urteilen soll, beginnen bereits. Der frühere Kriegsminister General Mercier erklärte einem Berichterstatter des Journal, daß er nach den in der Dreyfus-Angelegenheit erfolgten Enthüllungen keine Schwierigkeiten darin

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218990621-12/fragment/page=0003

erblicken würde, wenn die Verhandlungen vor dem Kriegsgericht in Rennes öffentlich geführt werden sollten, abgesehen vielleicht von der Uebermittelung zweier geheimer Aktenstücke, über die bei verschlossenen Thüren zu verhandeln wäre. Er selbst werde unbekümmert um die Konsequenzen aussagen. Die Ankunft des Hauptmanns Dreyfus in Brest, die für den 26. Juni angekündigt war, erfolgt wahrscheinlich schon am Mittwoch oder Donnerstag. Dreyfus wird im Brester Vorhafen nach der Eisenbahn verbracht, unter strengem Ausschluß des Publikums. Die Familie Dreyfus dürfte den Zurückgekehrten erst in Rennes wiedersehen.

— Zola über den Dreyfusprozeß. Zola erklärte einem Journalisten, er werde sofort nach dem Urteil des Kriegsgerichtes eine Broschüre mit dem ganzen Inhalt über den Verlauf der Dreyfus-Angelegenheit herausgeben. Der Verleger hat bereits alle Vorbereitungen getroffen, damit die Broschüre in allerkürzester Zeit nach dem Urteil auf den Markt geworfen werden kann.

Belgien. Für die Machtstellung der belgischen Sozialdemokratie spricht ein bezeichnender Vorgang: Nicht unberechtigtes Aufsehen erregt, wie ein Korrespondent des Schwäb. Merkur schreibt, der amtliche Besuch, den Prinz Albert, der Neffe des Königs und mutmaßliche Thronfolger, dieser Tage der Ausstellung der bekannten sozialdemokratischen Kooperativgenossenschaft Vooruit in Gent abgestattet hat. Die erwähnte Kooperativgenossenschaft bildet die Wiege der belgischen Sozialdemokratie und steht unter der Leitung des sozialistischen Abgeordneten Anseele, dessen „politische und wirtschaftliche Umsturzpläne" kein Geheimnis bilden. Unter den sozialistischen Abgeordneten, die keine Gelegenheit vorübergehen lassen, „um die monarchische Staatsform in Belgien anzugreifen", befindet sich gerade der Leiter des Vooruit. Wenn der belgische Thronfolger sich trotzdem bestimmt fühlt, einer so ausgesprochen republikanischen Genossenschaft einen Besuch abzustatten, so liegt darin wohl kein Zufall, sondern ein Zeichen für die unglaubliche Erstarkung der sozialdemokratischen Partei in Belgien. Nächstes Jahr um diese Zeit kann die Partei einen wichtigen Bestandteil der Regierungsmehrheit bilden, da die Anzeichen des Niedergangs des herrschenden Klerikalismus sich täglich mehren. Der Hof hat es deshalb für nützlich erachtet, mit der Sozialdemokratie in Fühlung zu treten, eine Rolle, die der junge Thronfolger übernommen hat. Die sozialdemokratische Leitung des Vooruit bereitete dem Prinzen Albert im übrigen einen sehr höflichen Empfang.

Oestreich-Ungarn. Gegen das neue Gemeindewahlgesetz wurde am Sonntag vormittag seitens der Wiener Arbeiterschaft in nicht weniger als 50 Versammlungen protestiert. Ungefähr 12000 Personen beteiligten sich an dieser Demonstration, die einen bewegten Verlauf nahm. Zwei Versammlungen wurden behördlich aufgelöst. Die Polizei war massenhaft aufgeboten, um etwaige nach Schluß der Versammlungen geplante Demonstrationen, namentlich vor dem Rathause, zu verhindern. In Meidling wurden beim Demonstrationsversuche vor der Wohnung des Abg. Schneider sieben Verhaftungen vorgenommen. In den übrigen Bezirken wurden ebenfalls sieben Personen verhaftet.

Spanien. Silvela über die Folterungen auf Montjuich. Man schreibt dem Vorwärts aus Madrid:

Die Presse-Kommission, die mit großer Energie die Revision des Montjuich-Prozesses betreibt, wurde dieser Tage von dem Ministerpräsidenten Silvela empfangen, der sie selbst zu sich geladen hatte, um über den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit Aufschluß zu geben. Ministerpräsident Silvela verlas zunächst ein Telegramm des Generalkapitäns von Katalonien, in welchem über den Gang der eingeleiteten Untersuchung berichtet wird. General Despujols, so sagte der Minister, hege selbst den lebhaften Wunsch, die Angelegenheit so schnell wie möglich aus der Welt zu schaffen, aber einen bestimmten Zeitpunkt für die Beendigung des Untersuchungs-Verfahrens könne er noch nicht festsetzen. Als Sprecher der Kommission nahm darauf Junoy das Wort, der die Erregung zum Ausdruck brachte, die in Katalonien in allen Kreisen der Bevölkerung wegen der Verschleppung der Affaire herrscht. Man könne aus dem schleichenden Gang der Untersuchung auf das Resultat der Revisionsbewegung Rückschlüsse ziehen. Das Telegramm des Generalkapitäns müsse den denkbar schlechtesten Eindruck machen. Es handele sich hier weniger um eine politische Frage, als um eine Frage der Geschäftsordnung, die wahrscheinlich das Samenkorn unabsehbarer Zwistigkeiten und selbst ernsterer „Verdrießlichkeiten" bilden werde. In Katalonien wünsche man vorläufig nicht so sehr die Züchtigung der Folterknechte wie die Freilassung der im Zuchthause schmachtenden unschuldigen Opfer einer grausamen Justiz und Genugthuung für dieselben; wenn man dazu nicht ohne Revision gelangen könne, müsse die Revision sofort eingeleitet werden.

Der oberste Kriegs- und Marinerat als höchste Instanz müsse im voraus erklären, daß die Folterungen ein Revisionsgrund seien, und wenn das Gesetz solche Gewaltthaten noch nicht als Revisionsgrund ansehe, so müsse eben das Gesetz geändert werden. Wenn man sich in Katalonien nicht in kurzer Zeit von der Wirksamkeit der über Gebühr ausgedehnten Untersuchung überzeugt haben werde, würden dort in allen Städten und selbst in den Dörfern Riesenmeetings veranstaltet werden, um Recht und Gerechtigkeit zum Siege zu führen. Ironisch lächelnd erwiderte Silvela, daß die Regierung gegen diese Meetings, so zahlreich sie auch sein mögen, nichts einzuwenden habe, wenn man in denselben von den Behörden nur gerechte Vergeltung verlangen werde. Wenn man versuchen sollte, die Thätigkeit der Justiz zu forcieren und die Regierung gewissermaßen zu vergewaltigen, werde er mit unerbittlicher Strenge vorgehen. Er halte die Berichte über die Folterungen für sehr übertrieben. Wenn aber durch die Untersuchung erwiesen werden sollte, daß Folterungen vorgekommen seien, würden die Gefolterten vor allem begnadigt werden; dann erst, also nachdem sie sich der Freiheit erfreuen würden, solle die Revision des ganzen Prozesses beschlossen werden. Er könne zwar nicht dafür bürgen, daß das oberste Kriegsgericht diesen bestimmten Fall und das Gesetz ebenso auslege wie er, aber er glaube, daß diese Interpretation sich als logisch aller Welt aufdränge. Die Kommission drückte zum Schluß noch den Wunsch aus, daß die Begnadigung und die Revision so schnell wie möglich kommen mögen. Im allgemeinen haben die Erklärungen des Ministerpräsidenten hier nicht den erhofften guten Eindruck gemacht, da man seinen spitzfindigen und beschönigenden Worten, die den schlauen Advokaten von vorgestern erkennen lassen, nicht traut.

Bulgarien. Sozialistischer Wahlsieg. Aus Sofia wird dem Vorwärts von einem glänzenden Sieg der sozialdemokratischen Arbeiterpartei bei den Wahlen zum gesetzgebenden Körper gemeldet. Die Zahl der sozialistischen Vertreter in der Sobranje ist von einem auf sechs gestiegen. In Pawlikeni, Departement Tirnowa, wurde Genosse Gabrowsky, einer der bulgarischen Delegierten auf dem Internationalen Kongreß von Zürich, mit 3588 Stimmen gewählt gegen 1491 Stimmen, die sein Bourgeoisgegner erhielt. Wie unsere Stimmen sich vermehrt haben, kann man aus der Thatsache ersehen, daß bei der letzten Wahl — 1896 — der sozialistische Kandidat in Pawlikeni nur mit 950 Stimmen gewählt wurde. In Cozankk haben unsere Kandidaten 1682 Stimmen auf sich vereinigt, gegen 720, die sie vergangenes Jahr bei einer Ergänzungswahl erhielten. Die Bourgeoiskandidaten haben dort nur mit einer Mehrheit von wenig Stimmen gesiegt. In Jamboli wurden die Genossen Blagoef und Sacazof, exterer Chefredakteur unserer monatlichen Zeitschrift Die Neue Zeit, der zweite schon früher sozialistischer Abgeordneter, mit 1795 Stimmen gewählt. In Drenovo erhielt unser Kandidat 1010 Stimmen. Außerdem haben unsere Kandidaten bedeutende Minoritäten erhalten. In Sliwno und Gabrovo, den zwei Zentren der bulgarischen Textilindustrie, hatten wir 564 und 460 Stimmen. Die sozialistischen Abgeordneten haben sich zu einer parlamentarischen Fraktion vereinigt. Sie bereiten sich darauf vor, an den Finanzdebatten kräftigen Anteil zu nehmen.

Achtung, Gewerkschaften!

Die Wahl des Arbeiter-Sekretärs
findet nicht, wie in gestriger Nummer angegeben, bei Schiemann, sondern im
Händelpark, Nikolaistr., Mittwoch pünktl. 8½ Uhr statt.
Der Schriftführer der Sekretariats-Kommission.

Apollo-Theater. Sommer-Variété. Direktion: Fr. Wiehle.
Täglich abends 8 Uhr im prachtvollen Garten
Großes Konzert und Künstler-Vorstellung.
Kontrast-Trio. (2 Riesen 2 m 20 cm groß und 1 Dame.)
Jules Poule, Malabarist mit dressierten Tauben und Katzen.

Osborgs Bellevue.
Morgen von nachmittags 3½ Uhr ab
Großes Familien-Frei-Konzert.

Restaurant-Uebernahme.
Hiermit die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage die Bewirtschaftung des
„Burgschlösschen", Delitzscherstr. 76,
übernommen habe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, die mich beehrenden Gäste und Freunde nur mit **besten Speisen und Getränken** zu bewirten.
Hochachtungsvoll **L. Ochse**
früher Gasthofsbesitzer in Gutenberg.

Stoff-Reste
zu Anzügen, Hosen, Damenkleidern passend,
mehrere 1000 Meter Reste in allen Farben spottbillig.
Halle a. S. **H. Elkan.** Leipzigerstr. 87.
Kaufhaus I. Ranges.

Inserate für das **Volksblatt**
werden von jetzt an ausser in der
Volksbuchhandlung, Rannischestr. 3,
auch angenommen in der
Zigarrenhandlung von Frau A. Sanow,
Geiststrasse 5.

Frauenleiden
behandelt nach **Thure-Brandt und gynäkologischer Gymnastik**
Otto Kresse, Naturheilkundiger, Schüler Thure Brandts.
Gr. Ulrichstr. 62.
Sprechstunde 9—10 und 2—4 Uhr.

Roßfleisch,
jung und zart, empfiehlt
Otto Möbius, Kl. Ulrichstr. 29.

Dauerh. Waschgefäße empf. bill. **R. Katsch,** Albrechtstraße 23.

Bierdruck-Apparate, neue und gebrauchte, Umänderungen, Kohlensäure, Ersatzteile u. Reparaturen.
Herm. Graegers Nachfolger
Aug. Hoske, Geiststraße 55.

Paul Schneider
Eisenwaren-Handlung
Merseburgerstr. 4.

Leder-Pantoffeln,
Holz-, Sammet-, Plüsch- und Kord-Pantoffeln verkauft billig
D. Gründler, Fleischerstr. 41.
Billigste Bezugsquelle f. Wiederverkäufer.

Halber Kinderschuh verloren. Abzugeben Trittstraße 1.

Thalia-Theater
Herr und Frau Doktor.
Schwank in 4 Akten von Heinemann.
Mittwoch: **Die Haubenlerche.**

Moritz Borcks Gartenlokal.
Jeden Mittwoch
Freikonzert.

Mittwoch
Schlachte-Fest.
Oskar Heller,
Steinweg 32.

Jeden Tag:
Frisches Braunbier.
Günthers Brauerei
Gr. Brauhausstr.

Roßfleisch!
hochfein, nur bei
H. Böhlert,
Telephon Nr. 900.

SEIFENPULVER
gibt blendend weisse Wäsche.
Unübertreffliches Wasch- und Bleichmittel.
Allein echt mit Namen Dr. Thompson u. Schutzmarke SCHWAN.
Vorsicht vor Nachahmungen!
Ueberall käuflich.
Alleiniger Fabrikant:
Ernst Sieglin, Düsseldorf.

Die Illustrierte Welt der Erfindungen.
Eine geschichtliche und technische Darstellung aller Erwerbs- und Produktionszweige, unter besonderer Berücksichtigung der heutigen Technik und Großindustrie, sowie des heutigen Weltverkehrs.
Unter Mitwirkung namhafter Fachmänner herausgegeben von
J. G. Vogt.
In 6 Bänden à 45 Lieferungen
mit über 3000 Illustrationen, prachtvoll ausgeführten Vollbildern, Beilagen ꝛc.
erscheint in wöchentlichen Lieferungen à 10 Pf. (oder in Heften à 50 Pfennige).
In Prachtband gebunden à Mk. 6.50.
Brachtbanddruck apart à Mk. 1.—.
Ein Buch der Erfindungen ist für jeden Kulturmenschen ein unentbehrliches Hilfsmittel zur Orientierung in der heutigen wundervollen Welt der Technik.
Es ist so umfassend angelegt, daß es Auskunft und Erklärung über alles giebt, was die Produktion im weitesten Sinne betrifft. Es ist eine unerschöpfliche Quelle des Wissens für die praktische Ausbildung, und Tausende werden in dem Buche die Mittel und Wege finden, sich nicht nur für ihren Beruf vorzubereiten oder auszubilden, sondern sich auch mit anderen Berufen vertraut zu machen, in die sie durch die Macht der Verhältnisse oder freie Wahl gedrängt werden kannen.
Zu beziehen d. d. Volksbuchhdlg., Bölbergasse 1.
Alle Austräger nehmen Bestellungen entgegen.

Geübte
Arbeiterinnen
auf
Kindermäntel u. Jacketts
erhalten dauernde und lohnende Beschäftigung.
Frauen und Mädchen,
welche das Arbeiten von Mänteln erlernen wollen, können sich melden bei
Gebr. Sernau,
Grosse Ulrichstrasse 54.

Schlossergesellen erhalten Arbeit Wörmlitzerstraße 13.

Landwehrstraße 21 ist eine schöne freundliche Wohnung sofort zu verm. Preis 430 M.

Sämtliche
Schreibmaterialien
empfiehlt
Die Volksbuchhandlung
Rannischestraße 3.

Freundl. Schlafst. Thomasiusstr. 14, II.

Futter-Kartoffeln
verkauft **Otto Just,** Adolfstraße 7.

Sofa, n. Betrft. m. Matr. vk. G. Ulrichst. 22.

G. erh. Betrft. b. z. vk. Dieskauerstr. 9, H.

Ein Fahrrad billig zu verkaufen Bruckdorf Nr. 45.

Mbl. Schlafst. zu verm. Geiststr. 24, II.

Dank.
Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Mannes, unseres guten, unvergeßlichen Vaters, Bruders, Schwieger- und Großvaters, des Fabrikarbeiters **Karl Biele,** können wir nicht unterlassen, allen unsern herzlichen Dank auszusprechen. In Sonderheit herzlichen Dank Herrn Pastor Basche für die trostreichen Worte am Grabe und für die Güte, welche derselbe mir schwergeprüften Witwe angedeihen ließ, sowie Dank Herrn Kantor Jahn nebst Schuljugend für den Trauergesang, ferner Dank seinen Kameraden der Zimmermannschen Maschinenfabrik für die schöne Kranzspende, sowie allen denen, welche den Sarg mit Kränzen schmückten und den teuren Entschlafenen zur letzten Ruhe geleiteten. Möge Gott allen ein reicher Vergelter sein.
Bruckdorf den 18. Juni 1899.
Die trauernde Witwe **Rosine Biele** nebst Kindern und Verwandten.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218990621-12/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 142 — Halle a. S., Mittwoch den 21. Juni 1899. — 10. Jahrg.

Die Zuchthausvorlage.

Lugo Brentano über die Zuchthausvorlage. Bekanntlich hat sich Prof. Brentano schon früher sehr scharf über die Bestrebungen derjenigen Leute ausgelassen, die das Koalitionsrecht vernichten, bezw. einschränken. Er faßte seine Worte dahin zusammen: Die deutschen Arbeiter haben zwar das Koalitionsrecht, aber wenn sie es gebrauchen, werden sie bestraft. Diese leider nur zu richtigen Auffassungen über die jetzige Handhabung des § 153 der Gewerbeordnung erregten den Zorn der Scharfmacher-Presse, wie der Post, der Berl. Pol. Nachr. und in wütender Weise fielen sie über den eigenartigen Schwärmer her. Jetzt hat sich Brentano auch über die Zuchthausvorlage ausgesprochen, indem er der N. Freien Presse in Wien auf Anfrage folgendes schrieb:

„In der Denkschrift — richtiger parteiischen Anklageschrift — wird eine Reihe von Vergehen und Verbrechen in überwältigendem Durcheinander vorgeführt, um für das Gesetz Stimmung zu machen. Der Zweck der Vorführung dieser Missethaten ist, die Vorstellung zu erwecken, daß es notwendig sei, das Gesetz anzuwehmen, um solchen Vergehen und Verbrechen entgegenzutreten. Diese Missethaten sind aber nicht nur jetzt schon durch das Strafgesetzbuch mit Strafe bedroht, sondern auch nach Annahme des vorgeschlagenen Gesetzes werden sie nicht unter dieses fallen, sondern nach dem Strafgesetzbuche härter bestraft werden. So werden Missethaten zur Begründung eines Gesetzes vorgebracht, das, wenn angenommen, diese gar nicht treffen würde. Dies geschieht nur, um andere Handlungen, die an sich nicht strafwürdig und bis jetzt auch noch nicht strafbar sind, in schwärzerem Lichte erscheinen zu lassen. Insoweit geht der Eindruck, den das Durcheinandermischen von Greueltaten mit an sich berechtigtem Vorgehen in gleicher Darstellung hinterläßt, daß der ununterrichtete Richter meinen dürfte, eigentlich müßte auch das friedliche Zureden, das Mieten einer Wohnung zur Beobachtung der Streikbrecher oder die Ablehnung, mit Streikbrechern zu arbeiten, unter Strafe gestellt werden. Dies verlangt der Gesetzentwurf indes nicht; so erscheint er gar noch milde. Um so mehr hofft man so, durchzusetzen, daß andere an sich weder strafbare noch strafwürdige Handlungen in Zukunft gestraft werden sollen. Darunter befinden sich solche, deren Zweck nicht strafbar, sondern erlaubt ist, und bei denen auch keinerlei rechtswidrige Mittel in Anwendung kommen. Wenn z. B. ein streikender Arbeiter einem Streikbrecher sagt: „Nu, mit meiner Amalie hast Du das letzte Mal getanzt!" oder „Ich tarocke nicht mehr mit Dir!", kann er nach dem vorgeschlagenen Gesetze bestraft werden wegen Drohung. Desgleichen wenn ein Streiker seinen Polier nicht mehr grüßt, wegen Ehrverletzung u. s. w. Es finden sich darunter solche, welche, wenn von Arbeitgebern begangen, strafrei sind, aber wenn von Arbeitern begangen, mit Strafe bedacht werden sollen, z. B. das Versenden schwarzer Listen. Von den zahllosen ungerechten Urteilen, die in Streitsachen begangen sind und die Legien und Heimemann teilweise zusammengestellt haben, ist in der Denkschrift mit keinem Worte die Rede."

Und Brentano schließt: **„Das Gesetz würde ein Klassengesetz schlimmster Sorte sein."**

Gegen die Zuchthausvorlage hat sich auch der Zentralvorstand des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands in Essen erklärt. Der Protest ist mit Ausnahme der Sozialdemokraten an die Abgeordneten sämtlicher Parteien gesandt worden.

Ist das kein Terrorismus? Die Wahl des Abgeordneten Müller-Rudolstadt, der nach einer ungeheuerlichen Wahlmache gegen Genossen Hofmann in der Stichwahl „siegte", ist von der Wahlprüfungskommission des Reichstags beanstandet worden. In dem Protest liest man: In Glasbach bei Mellenbach nannte der Fabrikbesitzer Kranich alle jene, die Hofmann bei der Hauptwahl gewählt, **Räuber,** die er „aus der Fabrik schmeißen" würde, wenn sie bei der Stichwahl wieder so wählen würden. Dadurch wurden die Arbeiter eingeschüchtert und wählten gar nicht oder aber Müller. Ein Mann, der als Nachtwächter und Hausmann bei Kranich angestellt war, wurde in der That „herausgeschmissen", als er auf die Frage Kranichs, wen er gewählt habe, der Wahrheit gemäß antworten mußte: „Wen denn anders als Hofmann!"

Der Bericht der Wahlprüfungskommission bemerkt dazu: „Hier handelt es sich lediglich um Aeußerungen und Handlungen eines Arbeitgebers, die zwar die Kommission nicht billigen, denen sie aber einen Einfluß auf das Endergebnis der Wahl nicht beimessen kann."

Wer's glaubt. Der Berliner Börsenkurier berichtet, in Regierungskreisen sei so gut wie keine Hoffnung mehr vorhanden, die Vorlage durchzubringen. Als erschwerender Umstand komme hierbei das ganze neutrale Verhalten der Bundesregierungen in Betracht, deren Zustimmung keinesfalls ausnahmslos erfolgt sei. So sei denn eine nicht geringe Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden, daß die Regierung die Vorlage nach der ersten Lesung zurückziehen werde.

Die Arbeiter werden gut thun, sich durch diese Meldung in der Agitation gegen die Zuchthausvorlage nicht abhalten zu lassen.

Die Nationalsozialen in Marburg schlugen in einer Versammlung durch den Referenten, Redakteur Erdmannsdörffer, eine Resolution vor, worin der Reichstag aufgefordert wird, die Vorlage abzulehnen. Die Resolution wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen. Interessant dabei war, daß die Anhänger der Deutsch-Sozialen und des Abgeordneten Böckel die Resolution zu verhindern suchten und schließlich auch dagegen stimmten. Sie wurden indessen in der Versammlung rednerisch so zugerichtet und so ausgelacht, daß diese Richtung in Zukunft in Marburg nicht mehr ernst genommen werden dürfte.

Warum keine Zuchthausvorlage gegen die Unternehmer? Ein Koburger Kaufmann, Hoflieferant Hermann Gräf, versendet ein Zirkular an seine Geschäftskommittenten, worin er mitteilt, daß drei seiner jungen Leute „ohne jeden Grund" kündigten und mit einem Vierten ein neues Geschäft eröffnen wollen. Schließlich heißt es in dem Zirkular: „Wenn Ihnen nun an einer ferneren Geschäftsverbindung mit mir gelegen ist, so bitte ich Sie, mit genannten jungen Leuten jeden geschäftlichen Verkehr zu meiden." — Auch ein nettes Stück Terrorismus!

Lokales und Provinzielles.

Halle, a. S., 21. Juni 1899.

Warum wir nicht mitthun.

Die Hallesche Zeitung kommt in ihrer Sonntagsnummer noch einmal auf die Donnerstag-Versammlung im Wintergarten zurück, um nachzuweisen, warum wir — die Sozialdemokraten — uns nicht an dem Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose beteiligen, warum wir nicht mitthun. Der Stil ist schwülstig und da das Wort des Buffon le style c'est l'homme — wie der Stil, so der Mensch — wahr ist, so kann es auch nicht wundernehmen, daß der schwülstige Mann der Halleschen Zeitung zu recht fadenscheinigen Schlüssen kommt und die Wahrheit direkt auf den Kopf stellt.

„Mit leidenschaftlicher Beweglichkeit, sagt er, mit stolzer Ruhe, mit dem Fanatismus des Umstürzlers, mit der Freudigkeit für die Ideale des Zukunftsstaates, so haben sie geredet, sie erkannten an, daß die Schwindsucht die verbreitetste Krankheit ist, sie erkannten an, daß sie ansteckend ist, sie erkannten an, daß sie gewaltige Schäden am Volkskörper hervorruft, sie erkannten an, daß diese Krankheit vorzugsweise die ärmeren Schichten der Bevölkerung heimsucht, die sogenannte Proletarierkrankheit ist, sie erkannten an, daß sie immer gewaltiger einherschreitet und Tausende von Familien unglücklich macht — alles das erkannten sie an, wußten es auch recht furchtbar darzustellen und dennoch — sie rührten keine Hand zur Hilfe! Mancher, der Interesse für die Sache, ein mitfühlendes Herz für seinen Nächsten und Fürsorge für sich selbst und seine Lieben hat, hat wohl gedacht, daß ein so menschenfreundliches Thun, wie es dieser neue Verein beabsichtigt, nur allseitig gut geheißen werden könnte, daß da eigentlich Staatsangehörigkeit, Politik und Religion gar kein Wort mitreden dürften und nur die reine Menschenliebe ihr Zepter schwinge — allerdings da hat er die Rechnung ohne die Sozialdemokraten gemacht. Denn wo irgend etwas Gutes, Schönes, Edles zum Wohle der Menschheit, der jetzigen Menschheit mit ihrer Ständeeinteilung erdacht wurde, da wird es die Unterstützung aller politischen Parteirichtungen, aller Nationalitäten, aller Religionsparteien finden, nur die der Sozialdemokratie nicht. Wer leicht fertig ist mit dem Wort, der nimmt das als eine bekannte Thatsache hin, über die man kein Wort weiter verliert, der ernstlicher Denkende fragt sich aber nach dem Grunde. Daher ist auch dieser Gegenstand von uns noch einmal aufgegriffen worden. Ja, welchen Grund hatten die Sozialdemokraten, ihre Mithilfe bei diesem menschenfreundlichen Werk zu versagen? Nun, ihre Antwort auf diese Frage haben sie schon gegeben: „Die Bekämpfung der Lungenschwindsucht ist keine medizinische, sondern eine sozialpolitische Frage. Eine Bekämpfung der Krankheit wird erst möglich sein, wenn unsere Erwerbs- und Wohnungsverhältnisse andere geworden sind. Reformiert man diese nicht von Grund auf (d. h. also nach den Plänen für den Zukunftsstaat) so hat auch eine anderweitige Hilfe keinen Zweck." Das war so die Quintessenz sowohl der ruhigen, mehr sachlichen Ausführungen, als der wilden, mit ungezügelter Leidenschaft dem Gehege der Zähne entfahrenden Worte der sozialdemokratischen Redner. Mit anderen Worten heißt das deutlich: Bis nicht unsere Ideen zur Durchführung kommen, wird euch armen lungenleidenden Arbeitern keine Hilfe! Vor der Hand müßt ihr ruhig noch sterben. Wir regen keinen Finger zu eurer Unterstützung. Ja, das heißt es. Denn daß der sozialistische Staat wenigstens noch Jahrzehnte auf sich warten läßt, das haben doch die erleuchtetsten der roten Führer selbst zugegeben und ist auch dem gewöhnlichsten der sozialdemokratischen Anhänger klar: und das auf dem Wege der Gesetzgebung die Erwerbs- und Wohnungsverhältnisse auch nicht mit einem Schlage gebessert werden können, daß nach den jetzt herrschenden Verhältnissen noch lange auf einen gesetzgeberischen Eingriff nicht zu rechnen ist, das hat einer der sozialdemokratischen Redner selbst zugegeben. Darum ist der Schluß vollkommen richtig: Ihr Lungenleidenden aller Parteien und besonders ihr der sozialdemokratischen Partei, denn ihr bildet die größte Zahl: sterbt nur dahin — wir könnten euch wohl helfen, wir wollen aber nicht. Deutlicher kann die ungeheure Gefühlsroheit, der unmenschlichste Terrorismus nicht zum Ausdruck gebracht werden. Noch intensiver erscheint das alles für den, der den Verhandlungen selbst beigewohnt, den Verhandlungen, aus denen jeder ersehen mußte, daß die bisher bestehenden Vereine nicht die Macht haben, sofort mit einem Schlage andere Lohn- und Wohnungsverhältnisse anzubahnen, daß sie aber sich wohl bewußt sind, daß mit einer Kur in einer der Heilstätten ihre Thätigkeit für den Kranken nicht abschließt. Das alles wurde klar ausgesprochen, und dennoch erfolgte die Absage. Nicht als ob wir nun in tieftraurige Klagen darüber ausbrechen wollten, nein, wir fragen nur wieder: Wo sind die wahren Freunde der Arbeiter? — Und der sich haltige Grund für die Absage? Aus den vorherigen Ausführungen geht hervor, daß keiner vorhanden ist. Wir sind aber, trotzdem man uns wohl für die ärgsten Feinde der Sozialdemokratie ansieht, nicht so böswillig, daß wir den ersten Führern Dummheit vorwerfen wollten. Alles das von uns angeführte, jedem gesunden Menschenverstande Einleuchtende wissen sie selbst sehr wohl, und doch wollen sie ihre Unterstützung nicht hergeben. Da bleibt uns allerdings nur noch als Grund dieser sonderbaren Maßnahme die bekannte Taktik bei ihnen anzunehmen: sie dürfen kein Zugeständnis machen an die staatserhaltenden Parteien, selbst wenn es zu allergrößtem Vorteil der Arbeiterschaft wäre, sie dürfen nicht sagen: Was ihr uns vorschlagt, das ist gut — weil sie sich damit selbst ihre Waffen aus der Hand schlagen würden, weil sie keine Gründe mehr zum Aufhetzen, keine Gründe für das Bestehen ihrer Partei selbst, wie sie jetzt ist, mehr haben würden. Darum nein, nein und abermals nein, und wenn ihnen ein Bürgerlicher oder Adeliger das Leben zum Himmel auf Erden machen wollte!"

Aus dem Umstande, daß wir diese schönen Worte des Mannes der Halleschen Zeitung vollständig unseren Lesern zur Lektüre unterbreiten, wird wohl der Schluß gezogen werden können, daß wir eine uns nachteilige Wirkung derselben nicht fürchten. Wir zweifeln auch nicht, daß der Verfasser der Notiz uns dankbar sein wird, daß wir seine, nach seiner Ansicht überzeugenden Darlegungen aus der Enge des Halleschen Zeitungs-Zirkels herausheben und an das helle Licht der Oeffentlichkeit bringen. Wir finden uns mit dem Vorwurf des „unmenschlichsten Terrorismus", der „ungeheuren Gefühlsroheit" sehr leicht ab, geht er doch von einem Manne aus, der die Auslassungen der sozialdemokratischen Redner falsch wiedergiebt, um durch diese Fälschung die Oeffentlichkeit zu ungunsten der Sozialdemokratie zu beeinflussen. Es ist keinem der sozialdemokratischen Redner eingefallen, zu sagen, daß die Bekämpfung der Lungenschwindsucht keinen Zweck hat, wenn nicht die Erwerbs- und Wohnungsverhältnisse von Grund aus umgeändert werden, trotzdem dies insofern richtig ist, als die Schwindsucht erst dann vollständig verschwinden wird, wenn ihre Ursachen: schlechte Wohnungen, dunstige, staubige Fabrikräume und Werkstätten, unmenschlich lange Arbeitszeit, miserable Entlohnung und die daraus entspringende Unternährung, vollständig beseitigt werden. Die vier sozialdemokratischen Redner haben die ganze Angelegenheit lediglich von dem Gesichtspunkte behandelt, daß die Errichtung von Lungenheilstätten nutz- und zwecklos sei und sein müsse, wenn nicht auch auf die Beseitigung der Ursachen der Schwindsucht überhaupt hingewirkt würde. Und im Anschluß daran werfen sie die Frage auf: in welcher Weise wirken die Leute, die hier so sehr ihr gutes Herz und ihre Wohlthätigkeit spazieren führen, auf die Besserung der Lebenslage der Arbeiterschaft ein? Und die Antwort war eine vernichtende. Es liegt doch klar auf der Hand und wir glauben, auch der Mann der Halleschen Zeitung wird uns zustimmen, daß man es den Leuten, die die Schwindsuchtsgefahr in Permanenz erklären wollen, die systematisch auf eine innere weitere Ausbreitung der Seuche hinarbeiten, nicht glauben wird, es sei ihnen Ernst mit der Bekämpfung der Seuche, wenn sie ein paar Mark für die Errichtung von Heilstätten hergeben.

Welcher vernünftig denkende Mensch wird es den Arbeitern verübeln, daß sie ihr ganzes Streben auf die Beseitigung der Brutstätten der verheerenden Seuche verwenden und es ablehnen, Heilstätten in Gemeinschaft mit den Inhabern der Brutstätten zu errichten. Ja, würden die Leute, die den Aufruf unterzeichnet haben, auch nur einmal den guten Willen gezeigt haben, die Arbeiterschaft in ihrem Streben auf Hebung ihrer Lage zu unterstützen, dann hätte die letztere eine ganz andere Stellung eingenommen. Welcher Widersinn wäre es beispielsweise, wenn die Metallarbeiter mit den Leuten vom Verbande der Metallindustriellen ein Bündnis schließen würden zur Heilung einer Krankheit, die diese durch ihr fast wahnsinniges Streben nach Vernichtung des Koalitionsrechtes, nach Knebelung der Arbeiterschaft, durch die mangelhaften sanitären Vorrichtungen in ihren Fabriken, durch die häufig genug 95 bis 105 Stunden pro Woche betragende Arbeitszeit, durch die miserable Bezahlung 2c. systematisch züchten, wenn die Metallindustriellen sich weigern, gleichzeitig alle diese Mißstände abzustellen und die Züchtung zu beseitigen! Welcher Widersinn wäre es, wenn die Arbeiterschaft mit den Stande, Holly, Pütter 2c. zusammenfäße, die anstatt einer energischen Hand, die die Ursachen beseitigt, lieber eine hilfreiche Hand zur Linderung der Folgen haben wollen, die es nicht der Mühe für wert erachten, im Stadtparlament bei Arbeiterfragen das Wort zu nehmen, oder wenn sie es thun, sich häufig genug arbeiterfeindlich zeigen, Konsumvereine und Gewerkschaften, also Vereinigungen zur Besserung der Lebenslage der Arbeiter und damit auch zur Bekämpfung der Schwindsucht, befehden, Unternehmern Aufträge zuwenden, die Lehrlingszüchterei in großem Maßstabe betreiben, die sich, wie gestern beispielsweise, in tiefes Schweigen hüllen, wenn eine Arbeiterorganisation sich höflich an die städtischen Behörden wendet und um Abstellung von Mißständen bittet. Ja, hätten diese Leute auch nur einmal einen ernsten Anstoß gemacht, die Ursachen der Schwindsucht zu beseitigen, würden sie nur einen merklichen Funken sozialpolitisches Verständnis besitzen, dann läge die Sache anders, dann wüßte die Arbeiterschaft, daß das, was mit den Heilstätten gebessert wird, durch die Brutstätten nicht wieder tausendfach zerstört wird und sie würde sich nicht abgeödet halten.

Wir wollen ja nicht verkennen, daß es einigen der Herren heiliger Ernst mit der Beseitigung der Schwindsuchtsgefahr und daß sie sich auch nicht scheuen, an die Beseitigung der Ursachen zu gehen. Aber ihre Zahl ist verschwindend klein. Und dann: Sie sollen nur einmal einen Anlauf in prohibitiver Richtung nehmen, die guten Freunde von heute werden morgen die schlimmsten Feinde sein. Wie wird der arme Rösicke nicht versemt, wie nicht die Brentano, Sombart u. s. w. geschmäht, weil sie so unvorsichtig sind, ihren Klassengenossen ab und zu einmal die Wahrheit zu sagen.

Wir wollen die Aufgabe der Staatsgewalt vor allem dahin ausgelegt wissen, für das Wohl und Wehe der Unterthanen zu sorgen, Seuchen Einhalt zu thun usw. Wir verlangen darum auch vom Staate, daß die Bekämpfung der Tuberkulose energisch in die Hand genommen wird. Und wenn das Bürgertum seinen Einfluß nach dieser Richtung hin ausüben würde, dann würden wir längst nicht nur eine ausreichende Sozialreform, sondern auch staatliche Heilanstalten für die Lungenkranken haben.

Das wäre wahre Arbeiterfreundschaft. Aber dazu versteht sich unser Bürgertum nicht. Es schwärmt für Zuchthausvorlagen, Militär und andere schöne Dinge, will den Arbeitern das allgemeine Wahlrecht nehmen, sie zu Staatsbürgern zweiter und dritter Klasse degradieren und dann entrüstet es sich noch sittlich, wenn seine „wahre Arbeiterfreundlichkeit", die darin besteht, einen winzigen Teil des von den Arbeitern erschufteten Profites diesen wieder zur Reparierung der Schäden hinzuwerfen, nicht laut und geräuschvoll anerkannt wird.

* * *

Bei der gestern gebrachten Berichtigung des Herrrn Stadtrat Pütter ist folgende Nachschrift der Redaktion durch ein Versehen weggeblieben: Unser Berichterstatter hat die Ausführungen des Herrn Pütter kurz zusammengefaßt, da eine wörtliche Wiedergabe derselben bei dem beschränkten Raume unseres Blattes natürlich nicht möglich war. Wir danken aber dem Herrn Stadtrat, daß er unseren Lesern selbst mitteilt, was er gesagt hat. Er kann aus der vollständigen Wiedergabe seiner Aeußerungen ersehen, daß wir durch seine jedenfalls durchschlagenden Argumente keinen Nachteil für uns befürchten. Werden Dank der Arbeiterschaft ernten wird, bleibt abzuwarten. Wir erwarten keinen Dank, wir thun einfach unsere Pflicht, wie jeder andere aufgeklärte Arbeiter und wir erachten es auch als eine Pflicht der Besitzenden, gegen die Tuberkulose anzukämpfen. Nicht unwahrscheinlich ist es aber, daß die Herren aus dem Verein zur Bekämpfung der Lungentuberkulose Dank erwarten. Sie schwelgen vielleicht schon in dem Gedanken, die dankbare Arbeiterschaft, die sich erst bei der Schaffung von Mehrwert die Schwindsucht geholt hat und dann für einen winzigen Teil des von ihr erarbeiteten Profits in die Lungenheilanstalten geschickt worden ist, werde ihnen einen imposanten Fackelzug bringen. Wir wollen hoffen, daß die Herren nicht zu unvermittelt aus ihren Illusionen gerissen werden. So weit wir die Arbeiterschaft kennen, scheint sie uns in dieser Beziehung vernünftig undankbar zu sein.

---

* **Achtung! Wähler des Arbeitersekretärs!** Im gestrigen Inserat ist als Wahllokal Schiemanns Restaurant angegeben. Das ist falsch. Die Wahl findet am Mittwoch abend im **„Händelpark"** statt.

* **Zur Tagesordnung übergegangen** ist die Stadtverordneten-Versammlung gestern über die Petition der hiesigen Buchdrucker, in der gebeten wurde, die städtischen Druckarbeiten nur in solchen Druckereien herstellen zu lassen, die die Tarifgemeinschaft anerkannt haben. Genosse Krüger beantragte, die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen. Für diesen Antrag sprach nur Prof. Kohlschütter; vom Magistratstisch nahm niemand das Wort. Ausführlicher Be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262189906 21-12/fragment/page=0005

richt über die Sitzung der Stadtverordneten können wir erst morgen bringen.

* **Erklärung.** Wir berichteten neulich, daß unser Redakteur, Genosse Swienty, in dem Strafverfahren wegen Beleidigung des Kunst- und Handelsgärtners Richard Worch-Reideburg gezwungen war, den Einsender der fraglichen Notiz, die durch ein unliebsames Versehen in unser Blatt gelangt war, zu nennen. Wir erklären heute, daß Erkundigungen ergeben haben, daß die in der Notiz aufgestellten Behauptungen, betreffend die Behandlung eines Dienstmädchens, den Thatsachen nicht entsprechen und verschlen nicht, unserem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß die fragliche Notiz in unserem Blatte erschienen ist.

* **Zur Bergarbeiterbewegung.** Am Sonntag, den 18. d. M., fanden im Zeitz-Weißenfelser und Meuselwitzer Kohlenrevier 5 gutbesuchte Bergarbeiterversammlungen statt. In Bröditz bei Zeitz sprach Reichstagsabgeordneter Kamerad Sachse, in Meuselwitz der „Generalfeldmarschall" (frei nach Pastor Hülle) Franz Pokorny, in Teuchern Kamerad Strunz, in Nietleben Kamerad Zimmermann aus Zwickau und endlich in Werschen Genosse W. Nebling aus Halle. In Hollstetz mußte die angesetzte Versammlung wegen Zurückziehung des Lokals ausfallen. Die Tagesordnung lautete in allen Versammlungen: Die Antwort der Grubenbesitzer auf unsere Lohneingabe. Der Geist war in allen Versammlungen ein vorzüglicher und zeugte davon, daß die Bergarbeiter nicht gewillt sind, ihre Forderungen aufzugehen, sondern bei gegebener Zeit mit allem Nachdruck durchzusetzen. In den Versammlungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute tagende Bergarbeiter-Versammlung konstatiert die Nichtbeantwortung der durch die Beauftragten an die hiesigen Grubenbesitzer zugestellten, in der höflichsten und sachlichsten Form gehaltenen Lohneingabe der hiesigen Bergarbeiter. Diese Handlung der Grubenbesitzer legt ein glänzendes Zeugnis ab von der Höhe der Geistesbildung und des Anstandes der Unternehmer. Hierauf braucht der Besitz nicht stolz zu sein.

Die stillschweigende Ablehnung unserer Lohneingabe zeugt auch davon, daß die Unternehmer, pochend auf ihr Kapital und ihre Macht, es darauf ankommen lassen wollen, den Bergarbeitern zu zeigen, daß sie nicht gewillt sind, noch so maßvoll gehaltenen Forderungen ihrer Arbeiter freiwillig entgegen zu kommen. Weiter erkennt die Versammlung an, daß es den Werksbesitzern nicht um die Erhaltung des sozialen Friedens zu thun ist, sondern die Versammlung ist überzeugt, daß die Werksbesitzer durch ihr brüskes Verhalten wirtschaftliche Kämpfe nicht zu vermeiden suchen, sondern denselben Vorschub leisten. —

Ferner konstatiert die Versammlung, daß die Unternehmer bisher nicht vermocht haben, die Berechtigung der Lohneingabe in irgend einer Weise öffentlich anzuzweifeln oder anzufechten. Den Auslassungen einiger Organe der Unternehmer (Weißenfelser Kreisblatt u. s. w.) im hiesigen Revier hierüber kann kein Wert beigemessen werden, da den Berichten dieser Zeitungen Mangel an Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit zu Grunde lag. Beweise hierfür sind die schmutzigen Ausfälle dieser Organe gegen die Leitung der Lohnbewegung. In Anbetracht des oben Angeführten erklärt die Versammlung, daß sie nach wie vor auf ihrer Forderung, die Löhne um 10 Prozent zu erhöhen, verharrt. Sollten in Zukunft durch das Verhalten der Werksbesitzer Differenzen zwischen diesen und ihren Arbeitern entstehen, dann ist das Kapital allein verantwortlich zu machen für die Schäden, die dadurch der deutschen Volkswirtschaft zugefügt werden.

Zum Schluß erklärt sich die Versammlung mit der Thätigkeit der bisherigen Leitung der Lohnbewegung einverstanden und erklärt, die Form dieser Leitung so lange aufrecht zu erhalten, bis die hiesigen Werksbesitzer sich verpflichten, die Vertreter der Arbeiter aus den Reihen der arbeitenden Bergleute selbst nach keiner Seite hin zu schädigen.

Erst dann, wenn diese Verpflichtung von den Werksbesitzern übernommen, besonders die Bergleute ihre Wünsche durch aktiv thätige Bergleute vertreten lassen."

* **Leichenfund.** An dem Wehr bei Völlberg wurde die Leiche eines Knaben vom Fischer Grossmann geborgen.

* **Das wegen Ermordung ihres Kindes** verhaftete Dienstmädchen Anna Lüdicke ist in die Klinik gebracht worden.

* **Folgen der Unvorsichtigkeit.** Vom Motorwagen sprang der Tapezierer Hermann Hennig aus Giebichenstein zu zeitig ab und er wurde überfahren. Zwei Räder gingen ihm über einen Fuß, der vollständig zermalmt wurde.

* **Die Beschäftigung der Schulkinder.** Verordnung und Bekanntmachung der königlichen Regierung.

In neuerer Zeit ist bei uns mehrfach darüber Klage geführt worden, daß schulpflichtige Kinder in denjenigen Schulferien, welche mit Rücksicht auf die landwirtschaftlichen Arbeiten und die von den Schulkindern zu leistende Arbeitshilfe gegeben werden, in übermäßiger, die Gesundheit und die Erziehung schädigender Weise zu landwirtschaftlichen Arbeiten, insbesondere beim Rübenverziehen herangezogen werden.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen sind wir nicht in der Lage, gegen Uebelstände dieser Art direkt einzuschreiten. Um demselben jedoch thunlichst entgegenzuwirken, ordnen wir folgendes an:

1. Die Herren Kreisschulinspektoren werden hierdurch von uns beauftragt, auf diese Uebelstände ein wachsames Auge zu richten und da, wo eine übermäßige, Gesundheit und Erziehung schädigende Ausnutzung von schulpflichtigen Kindern zu landwirtschaftlichen Arbeiten vorgekommen ist, auf Grund unserer Zirkulerverfügung vom 31. Dezember 1854 — II. B. 2846, betr. die Festsetzung der Ferienordnung — die Erteilung von Ferien zu landwirtschaftlichen Zwecken zu verbieten. Ein Ueberwachen in diesen Beschäftigungen ist überall da anzunehmen, wo die Arbeitszeit für Kinder über 10 Jahre täglich mehr als 10 Stunden (meist von 5 Uhr früh bis 6 Uhr abends mit zwei Stunden täglich zu Mittag, einer halbstündigen Pause am Vormittag und einer gleichen am Nachmittag) und für Kinder unter 10 Jahren täglich mehr als acht Stunden beträgt.

2. Ebenso ist die Erteilung von Ferien zu landwirtschaftlichen Arbeiten da zu verbieten, wo es an angemessener Beaufsichtigung der Kinder während der Arbeit, sowie während ihrer Beförderung zur Arbeitsstelle gefehlt hat.

Insbesondere ist darauf zu achten, daß schulpflichtige Kinder nicht zusammen mit den Erwachsenen und daß Knaben und Mädchen nicht durcheinander, sondern nach Geschlechtern getrennt arbeiten.

Magdeburg, ...

Königliche Regierung
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.

Diese unserem Halberstädter Parteiorgan von befreundeter Seite zugestellte Verordnung der königlichen Regierung datiert vom 10. Oktober 1884. Wir sind um Auffrischung dieser beachtlichen Verordnungen ersucht worden, da dieselbe wenig beachtet wird. Dies bezieht sich auf die Arbeitszeit der Schulkinder, die Art ihrer Beschäftigung, sowie die zu erteilenden Ferien. Die Parteifreunde werden ersucht, auf dem Lande Umschau zu halten und uns mitzuteilen, wie und wo gegen die Verordnung verstoßen wird, die nach uns zugegangenen Mitteilungen noch nicht außer Kraft gesetzt ist.

* **Die Arbeiterschaft im Kampfe gegen den Alkoholismus.** Die Arbeiterschaft wendet dem wichtigsten System des Alkoholmißbrauchs fortgesetzt ihre Aufmerksamkeit zu. Aus der letzten Zeit führt darüber der Vorwärts folgendes an: Der Grütli-Verein Burgdorf (in der Schweiz) hat am Sonntag, den 30. April, einen „sozialdemokratischen Abstinenten-Verein" gegründet; ein ähnlicher Verein besteht schon längere Zeit in Bern. — In dem von unserem Genossen Käppler geleiteten Fachverein der deutschen Müller (Einigkeit) erschien vor kurzem ein bemerkenswerter Artikel gegen den Alkoholmißbrauch. Es wird darin auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die der fortgesetzte übermäßige Schnapsgenuß sowohl für den einzelnen Menschen wie auch für die Arbeiterbewegung mit sich bringt. „Ein Trunkenbold wird stets seinen Kollegen dem Prinzipal gegenüber ein Hemmnis sein, denn in Lohnfragen wird letzterer stets sich mit dem Hinweis rückenfrei machen, daß der Lohn ja noch zureiche, sich zu betrinken. Ein Trunkenbold wird ferner stets seinen Kollegen das Leben durch Zank und Streit, Gehässigkeit und Niederträchtigkeit schwer machen. Wo Trunkenbolde existieren, da ist Stänkerei, Verhetzerei und Wiegelei an der Tagesordnung und das Ansehen, sowie auch die Ehre der Kollegen wird durch solche erbärmlichen Säufer in Mitleidenschaft gezogen." In demselben Artikel wird auch auf die einschlägige Stelle aus dem Artikel von Dr. Ernst Schneider „Nüchtigs und Falsches aus der Naturheilkunde" aus dem Neuen Welt-Kalender von 1899 aufmerksam gemacht. — Sehr energisch predigt unser französisches Bruderblatt, die Petite République (Kleine Republik), den Kampf gegen den Schnapsteufel: „Der Alkoholismus bedingt die Unterwürfigkeit. Mit dem Alkoholismus verfallener Arbeiter verliert bald jede Menschenwürde; niemals wird er daran denken, sein Haupt im Angesicht seines Ausbeuters zu erheben. Auch wir müssen den Alkoholismus mit der äußersten Schärfe bekämpfen. Nur der Sozialismus hat ein aufrichtiges Interesse daran, seine Fortschritte zu verhindern. Die gesellschaftliche Umwälzung ist nur möglich mit einem Volk, gesund an Körper und Geist. Dann wird sie ihrerseits den Arbeitern die volle Befriedigung ihrer körperlichen und geistigen Bedürfnisse sichern. Darum Krieg dem Alkoholismus, denn er ist unser furchtbarster Feind! — Das Organ der Krankenkassen Oesterreichs, der in Wien erscheinende „Arbeiterschutz" veröffentlicht in seiner Nummer vom 1. Mai einen Leitartikel über Alkoholismus und Arbeiterfrage. In der sachlichen und verständigen Ausdrucksweise heißt es u. a.: „Der Arbeiter bekämpfen den Alkoholismus, indem sie seine Ursache beseitigen. Fällt der Herzog, dann fällt auch der Mantel. Wird die Klassenlage des Proletariats auf eine Stufe gehoben, auf der sich Not und Verzweiflung nicht mehr breit machen können, dann ist der Alkohol kein Tröster mehr, weil es keine zu Trösten giebt. Alle Bestrebungen, welche auf eine Verbesserung der Lage des Proletariats abzielen, leisten in der Bekämpfung des Alkoholismus nicht bloß mehr als alle Steuern, Schankverbote und Trunkenheitsstrafen, sondern sind es einzig und allein, von denen eine Ausrottung der Alkoholpest zu erwarten ist. Auf zweierlei Weise wirkte die sozialdemokratische Partei gegen den Alkoholismus. Dadurch, daß sie die einzelnen Arbeiter in gemeinsamer Organisation verbaute, schuf sie ein gegenseitiges Schutzbündnis, so daß der einzelne, des Rückhaltes bewußt, nicht so leicht der Verzweiflung anheimfiel. Dazu kam noch die Arbeitslosenunterstützung, welche der ärgsten Not zu steuern vermochte. Der zweite Weg ist aber noch wirksamer; er führte zur geistigen Hebung der Volksmassen. Es liegt für die Arbeiter kein Grund vor, sich die Bekämpfung des Alkoholismus als ein Sonderziel vorzusetzen, womit freilich die Zweckmäßigkeit der thunlichsten Einschränkung oder wenigstens der Unterdrückung des exzessiven (übermäßigen) Alkoholismus nicht verkannt werden soll. Doch darf auch nicht übersehen werden, daß die Stätten, die dem Verkaufe des Alkohols gewidmet sind, derzeit (leider) fast ausschließlich die einzelnen Orte sind, wo Arbeiter ohne Behinderung durch das Gesetz sich zusammenfinden und ihre Ideen austauschen können."

* **Aus dem Bureau des Apollo-Theaters.** Der zeitige Spielplan erfreut sich immer mehr zunehmender Beliebtheit, wie der Besuch der letzten Tage zeigt. Herr Direktor Wiehle ist auch stets bemüht, seinem Publikum immer wieder etwas Neues zu bieten; für Mittwoch und Donnerstag hat er eine ganz besondere Zugkraft engagiert: Die berühmte Pariser Charakter-Soubrette Mlle. Chiffinette wird an diesen beiden Abenden gastieren. Mlle. Chiffinette, welche zur Zeit eine Gastspielreise durch Deutschland macht, geht der Ruf eines Stars des Varietees voran und zweifeln wir nicht daran, daß die Direktion an diesen beiden Abenden ein ausverkauftes Haus erzielen wird.

Weißenfels. Auf Grund des Preßgesetzes geht uns folgende Berichtigung zu:

Es ist nicht wahr, daß wir, wie in Nr. 140 des Volksblattes behauptet wird, den Maurer G. G., der für die streikenden Maurer sammelte, denunziert haben.

Ernst Bognitz. F. G. Matthias.

Weißenfels. Die nach der „Zentralhalle" und Restaurant „Stadt Naumburg" einberufenen Protest-Versammlungen gegen die Zuchthausvorlage waren von je über 600 Personen besucht. Das Abreißen der Plakate hat also wieder einmal das Gegenteil bewirkt. Die Referenten Genosse Krüger-Halle und Genosse Grenz-Leipzig wiesen treffend nach, daß der Inhalt und Zweck der Vorlage mit Bestimmtheit erkennen lasse, daß dieselbe zur Vernichtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter benutzt werden solle. Schon die jetzt über die Arbeiter bei den geringsten Vergehen verhängten Strafen durch drakonische Urteile sind geeignet, den Unwillen und Zorn der Arbeiter hervorzurufen. Die schweren gesetzlichen Verstöße der Unternehmer werden dagegen gar nicht geachtet seitens der Behörden und Gerichte. Wir haben schon jetzt eine Klassenjustiz, welche unter allen Umständen so bald als möglich zu beseitigen wäre. Die beste Antwort ist der Zusammenschluß der Arbeiter in gewerkschaftliche und politische Organisationen, um gemeinschaftlich zu wirken im Sinne des Sozialismus für Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit. Rauschender Beifall wurde den Referenten zu teil. Die Resolutionen, welche einstimmig angenommen wurden, lauteten dahin: Jeden Versuch, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu beseitigen, energisch zurückzuweisen, nicht Verkümmerung sondern Erweiterung desselben ist notwendig. Gleichzeitig tagte in „Schumanns Garten" eine von gegen 30 Personen besuchte Versammlung des Gewerkvereins (Hirsch-Dunckerscher Richtung), um ebenfalls gegen die Zuchthausvorlage Stellung zu nehmen. Der Referent betonte, sich den allgemeinen Protesterhebungen anzuschließen. Eine Resolution gegen die Zuchthausvorlage wurde auch dort angenommen.

Weißenfels. In der Glaserei von K. Kersten wurden einem an der Kreissäge beschäftigten Glaser drei Finger der rechten Hand abgeschnitten. Der Bedauernswerte wurde nach der hallenschen Klinik befördert.

Bitterfeld. Beim Herauswinden des sogen. Denkmalsteins aus der Grube Hermine wurde der Arbeiter Petschack aus Sandersdorf, als der Stein etwas zurückrollte, von diesem zerquetscht und war sofort eine Leiche. P. hinterläßt eine Frau mit 8 Kindern, von denen das jüngste erst 7 Wochen alt ist. Hoffentlich erweisen sich die Herren Stadtverordneten bei der Versorgung der Familie dieses Opfers des Bismarcksteines ebenso splendid als sie dies bei Bewilligung der Mittel zur Hebung des Steines gewesen sind.

Wittenberg. Die Wittenberger Zeitung berichtete unlängst: Berechtigten Unwillen und vielen Mißmut in der Bürgerschaft und speziell den Gewerbetreibenden hat folgender Vorgang hervorgerufen. Am 16. März d. J. wurden beim Kreistage, nachdem der Herr Landrat den Vorsitz an seinen Stellvertreter, Herrn v. Schlieben, abgegeben, durch den Kreis-Ausschuß folgender Antrag eingebracht. Der Kreistag wolle beschließen: Zur Zinsentziehung der Wohnung des Herrn Landrats wird dem Kreis-Ausschuß ein Kredit bis zur Höhe von 5000 Mark zur Verfügung gestellt. Derselbe ist dem besondern Reservefonds zu entnehmen. Nachdem der Abgeordnete R. Schieler den Antrag befürwortet hatte, wurde letzterer ohne Diskussion auf Fragestellung einstimmig angenommen. Anschließend hieran brachte der Abgeordnete v. Leipziger den von den Abgeordneten Dr. jur. Schirmer und v. König mit unterschriebenen Antrag ein:

Der Kreistag wolle beschließen:

Dem Kreis-Ausschusse wird ein Kredit bis 3000 Mark bewilligt, um aus Anlaß der Verheiratung des Herrn Landrats seine Wohnung würdig und wohnlich herzurichten.

Dieser Antrag, es handelt sich auf gut deutsch gesagt, um Beschaffung eines Hochzeitsgeschenkes, wurde, nach stattgefundener Diskussion, in welcher einer der aus Wittenberg stammenden Abgeordneten den Antrag einbrachte, die Summe auf 1000 Mk. herabzusetzen, mit 20 gegen 4 Stimmen angenommen.

Vorstehendes sind die nackten Thatsachen aus dieser Kreistagssitzung. Nun kommt aber dasjenige, was den gerechten Unwillen der hiesigen Gewerbetreibenden hervorgerufen hat. Anstatt die Arbeiten im Kreishause nur kreiseingesessenen Gewerbetreibenden, welche doch die Kreissteuern aufbringen müssen, zu übertragen, werden Auswärtige, so zum Beispiel der Bildhauer Schwarzenauer in Berlin und ein Hallenser Malermeister mit der Ausführung betraut. Wir haben wahrlich in Wittenberg tüchtige Kräfte, sogar Künstler ersten Ranges, die das beste Zeugnis der weltberühmten Kunstschulen von München und Düsseldorf aufweisen können, die wohl befähigt sind, auch den verwöhntesten Ansprüchen Genüge zu leisten und dem Herrn Landrat ein für ihn und seine Gemahlin würdiges Heim zu schaffen.

o. **Schkeuditz.** Pastorale Behauptungen. In dem hiesigen Wochenblatt wird ein „Bericht über die kirchlichen und sittlichen Zustände des Synodalkreises Schkeuditz" abgedruckt, der von dem Vorsitzenden der Kreissynode Superint. Lüttke verfaßt ist. Darin klagt Herr Lüttke gar beweglich über die zunehmende Gleichgiltigkeit seiner Herde gegenüber den kirchlichen Weihen. Unterlassungen von Taufe und kirchlicher Trauung seien gar nichts Seltenes. In den Landgemeinden allerdings kommen solche Unterlassungen nicht vor. „Doch muß hinsichtlich der Taufen geklagt werden, daß sie zuweilen ungebührlich lange, bis zu 4, 5 und 6 Monaten nach der Geburt, hinausgeschoben werden. Hinsichtlich der Trauungen ist leider zu sagen, daß die Mehrzahl ohne die kirchlichen Ehren vollzogen werden muß, daß auch in manchen Fällen versucht wird, diese Ehren durch lügenhafte Aussagen zu erschleichen, oder sie da, wo der Thatbestand außer Zweifel ist, sogar zu ertrotzen, indem man dennoch mit Myrtensträußchen, Kranz und Schleier vor den Altar tritt, so daß der Geistliche zu energischer Abwehr gezwungen ist." In Schkeuditz freilich ist es ganz anders. „Nicht nur, daß auch hier Taufverzögerungen, und sogar bis zu mehreren Jahren, vorkommen, daß ferner hinsichtlich der Trauungen dieselben Uebel zu beklagen sind, wie sie eben erwähnt wurden, ist hier leider auch die völlige Unterlassung von Taufe und Trauung gar nichts Seltenes. Nach einer um Mitte April d. J. aufgestellten Uebersicht waren aus dem Jahre 1896 noch 2, aus 1897 noch 8 und aus 1898 noch 29 ungetaufte Kinder vorhanden. Allerdings pflegen die meisten solcher rückständigen Taufen bis dahin, wo die Kinder die Schule zu besuchen haben, noch nachgeholt zu werden; denn bei der Revision der Listen über die neu eingeschulten Kinder pflegen sich mit ganz vereinzelten Ausnahmen keine ungetauften Kinder mehr vorzufinden. Aber selbst wenn es sich nur um so lange Verzögerungen handeln sollte, ist ja dieses Verfahren der Eltern beklagenswert genug, noch abgesehen davon, daß manche der Kinder ja auch ungetauft sterben. Auch Verschmähungen der kirchlichen Trauung kommen leider in Schkeuditz vor, wenngleich hier ebenfalls manche Versäumnisse später noch wieder gutgemacht werden."

Wie bei allen, den Herren Pastoren unangenehmen Sachen, trägt natürlich auch hier die Sozialdemokratie die Schuld. „Auf beiden Gebieten," so sagt der Herr Superintendent, „dem der Taufen, wie dem der Trauungen, ist vielfach der Einfluß der Sozialdemokratie, und zwar nicht nur des sozialdemokratischen Geistes überhaupt, sondern auch speziell der sozialdemokratischen Agitation und Vergewaltigung zu verspüren. Die Mütter sind meist durchaus willig, ihre Kinder taufen zu lassen, bemühen sich darum, ja bitten sogar manchmal um heimliche Vollziehung der Taufe (worauf natürlich nicht eingegangen werden kann); aber der sozialdemokratische Mann ist dagegen, wird darin von seinen Genossen bestärkt, ja dazu genötigt, und so muß dann die Taufe eben unterbleiben. Aehnlich steht es bei den Trauungen. Kürzlich ist in Schkeuditz ein Fall vorgekommen, der recht deutlich den verderblichen, religionsfeindlichen Einfluß der Sozialdemokratie zeigte. Bräutigam und Braut hatten beide die Absicht und den Wunsch, ihre Ehe kirchlich einsegnen zu lassen; ein sozialdemokratischer Verein aber, der bei dem Manne (er ist Handwerker) bis dahin vielfach hatte arbeiten lassen, drohte ihm, er werde ihm in Zukunft alle Arbeit entziehen, wenn er sich trauen lasse, und dieser Drohung hat der Mann dann nachgegeben. — Nebenbei bemerkt ist das wieder eine Illustration zu dem von der Sozialdemokratie aufgestellten Satze: „Religion ist Privatsache", und zu der vielgerühmten Freiheit, deren man sich in der sozialdemokratischen Gemeinschaft erfreuen soll und die von ihr für den Zukunftsstaat verheißen wird."

Wir wollen auf die beweglichen Klagen des Herrn Pastors, soweit sie allgemeiner Natur sind, nicht weiter eingehen. Unsere Leser werden sich schon den richtigen Vers darauf machen. Nur zu der „Vergewaltigung" des sozialdemokratischen Vereins wollen wir Stellung nehmen. In Schkeuditz besteht nur ein sozialdemokratischer Verein und zwar der Arbeiterverein. Die hier angeführte Thatsache kann sich also nur auf diesen beziehen. Von dem Arbeiterverein ist aber nie ein derartiger Druck auf irgend ein Mitglied ausgeübt worden. Betreu den Anschauungen der Sozialdemokratie kümmert sich der Verein keinen Deut um die religiösen Anschauungen seiner Mitglieder und es ist ihm gleichgiltig, ob irgend eines seiner Mitglieder sich kirchlich trauen oder seine Kinder taufen läßt, wenn auch nicht verschwiegen werden soll, daß die meisten Mitglieder des Arbeitervereins beides für unnötige, höchst überflüssige und dazu noch kostspielige Zeremonien halten. Der Arbeiterverein hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Behauptung des Herrn Superintendenten der Wahrheit gemäß zu berichtigen und der Herr Lüttke wird nicht umhin können, Farbe zu bekennen und seinen Gewährsmann und auch den Handwerker zu nennen. Es wird sich dann zeigen, daß der Herr Lüttke entweder etwas behauptet hat, für das er den Beweis nicht erbringen kann, oder daß er elend angelogen worden ist.

Die ganze Angelegenheit ist wieder ein Beweis dafür, welche Macht die Sozialdemokratie bereits erlangt hat. Es geschieht fast nichts mehr, ohne daß die Sozialdemokratie als erklärender Umstand angeführt wird.

o. **Naumburg.** Die Teilerei in neuem Lichte. Nachdem die angeblich wegen Kraatz-Beleidigung erfolgte Verdonnerung des Genossen Swienty zu zwei Wochen Gefängnis hier bekannt geworden war, mußten erfahrene Leute auf das übliche Indianer-Siegesgeheul der Kraatz-Schutztruppe gefaßt sein. Um so mehr fiel es auf, daß das Urteil von den unentwegt, voll und ganz Ruhigen und Wohlmeinenden auch recht ruhig hingenommen wurde. Nach dem Volksblatte herrschte damals eine ganz ungewöhnlich starke Nachfrage, die nicht im entferntesten befriedigt werden konnte. Gleich nach dem Urteil verbreitete man hier mit nahezu aufdringlich zu nennendem Bierseifer in allen Kneipen die Kunde, daß der Strafantrag wider das Volksblatt weder vom Magistrat noch von Kraatz ausgegangen sei. Dabei berief man sich auf die Autorität eines Stadtrats Der Stadt- und Geh. Sanitäts-Rat Dr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262189906 21-12/fragment/page=0006

Köster hat die Sache selbst dem Stadtverordneten Meinhardt gesagt. Wie wir nun bestätigen können, soll die Anklage von sehr hoher Stelle aus veranlaßt worden sein, nämlich vom — Oberpräsidenten in Magdeburg! Aha! Man stelle sich vor: So und so viel schneidige Staatsanwälte liegen sozusagen auf der Lauer, um sofort mit heilsamer Strenge zuzupacken, sobald man uns nur irgendwie fassen zu können glaubt. Der verbrecherische Artikel erschien am 29. Januar, doch erst zwei Monate später, am 22. März, erhielten wir Kunde davon, daß der königlich preußische Justiz-Löwe die Pranke wider uns erheben wollte. Sollte während dieser langen Zeit die ungeheuer schwere Kraatz-Beleidigung und deren „höhnischer" Ton den Luchsaugen der Staatsanwälte und dem — Regierungspräsidenten in Merseburg ganz entgangen sein? Oder wollten diese keine Anklage erheben und warum nicht? Warum bedurfte es erst des Winkes aus Magdeburg? —

Stendal. Eine verunglückte Mordprobe. Die Gegend von Hindenburg bei Osterburg war seit Monaten infolge von Räubereien unsicher; obwohl der Verdacht auf einen Arbeiter des Gutes Gethlingen fiel, konnte man seine Räubereien doch nicht nachweisen. Da beschlossen der Gendarm Knauth und der Gastwirt Schmidt in Gethlingen ihm eine Falle zu stellen. Der Botengänger Witt aus Osterholz erklärte sich für 2 M. und freies Essen bereit, sich überfallen zu lassen, erhielt zu diesem Zweck ein Beutelchen mit Geld und ein Beutelchen mit Glasscherben. Ersteres verbarg er sicher, letzteres trug er in offener Tasche. Am Abend des 30. Mai sollte der Plan ausgeführt werden. Witt schlug jedoch nicht den verabredeten Weg ein, sondern ging anscheinend nach Osterholz heim. Man glaubte den Plan vereitelt und folgte ihm darum nicht. Gendarm K. blieb über Nacht beim Gastwirt Schmidt in Gethlingen und ging am anderen Morgen nach Osterholz, um dem Witt die Belohnung und das Geld wieder abzunehmen. Auf dem Wege fand er jedoch die Leiche des Unglücklichen im Forst neben einem Baume liegend, an dem sie zuvor gehangen hatte. Er verhaftete darauf den verdächtigen Arbeiter Gregorzewski und ließ auch dessen Frau festnehmen. Gregorzewski leugnete die That zwar; doch häuften sich die Schuldbeweise gegen ihn. Jetzt wurde in Stendal das Urteil gefällt. Der Hauptangeklagte Arbeiter Gregorzewski wurde wegen Mordes zum Tode und wegen Raubes und einfachen Diebstahls im Rückfalle zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt; Frau Gregorzewski erhielt wegen schwerer Hehlerei drei Jahre Zuchthaus.

Holdenstedt (Kreis Sangerhausen). Kindesliebe. Ein Seitenstück zu der braven That eines Knaben in Württemberg, der zur Heilung der Brandwunden seiner Schwester sich ein großes Stück Haut aus seinem Körper schneiden ließ, wird der Hall. Ztg. von hier berichtet. Der in den 60er Jahren stehende Mühlenbesitzer Schumann hatte wegen eines sehr langwierigen und schweren Abzesses am rechten Arm klinische Hilfe in Halle aufgesucht. Nach Lage der Sache hielt der behandelnde Arzt eine Heilung des Leidens nur dann für möglich, wenn an betreffender Stelle ein Stück völlig gesunde Haut eingesetzt und zum Anwachsen gebracht werden könne. Die eigene Haut des Patienten hierbei zu verwenden, erschien bei dem Alter desselben unthunlich und so entschloß sich der 31jährige Sohn des Sch. zu dem Opfer, welches dadurch bewerkstelligt wurde, daß ihm ein großes Hautstück aus dem rechten Oberschenkel geschnitten und auf die Armwunde seines Vaters gelegt worden ist. Beide Patienten — Vater und Sohn — befinden sich jetzt in der Klinik den Umständen nach ganz wohl und es ist nur zu wünschen, daß das gewiß seltene und lobenswerte Opfer von Erfolg begleitet sein möge.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle a. S., den 17. Juni.

Ein wüster Exzeß, der sich am 5. Februar d. J. im Kröberschen Restaurant in der Hardenbergstraße 1 zugetragen hatte, brachte folgende 11 Personen auf die Anklagebank. Als Beschuldigte erschienen: Die unverehel. Arbeiterin Anna Wetzestein, der Kesselschmiedelehrling Hermann Richter, dessen Bruder, der Arbeiter Ernst Richter, der Arbeiter August Jakoby, der Arbeiter Hermann Deutschbein, die unverehel. Arbeiterin Marie Hamann, der Restaurateur Bruno Kröber, dessen Sohn, der Bildhauerlehrling Bruno Kröber, der Arbeiter Karl Schönbrodt, der Arbeiter August Eichel und der Kesselschmiedelehrling Eugen Bollieus, sämtlich aus Halle. Die Angeklagten, von denen einige vorbestraft sind, hatten sich am genannten Tage in dem Kröberschen Restaurant „Kaiserkrone" zusammengefunden, wo sich aus nicht ermittelten Ursachen eine erhebliche Schlägerei, bei der mit Bierseideln geworfen und mit einem Stuhle gehauen worden war, entwickelt hatte. Die Angeklagte Wetzestein soll gelegentlich dessen ein Tuch weggenommen und bei der Schlägerei, in die sie nicht ohne ihr Verschulden hineingezogen worden ist, in Gemeinschaft mit anderen Personen mit Seideln geworfen haben. Der Hauptbeschuldigte Eichel hat, wie die Beweisaufnahme ergab, den Fleischermeister Weise mit einem Stuhl auf den rechten Unterarm gehauen und die Finger der linken Hand verletzt. Auch an der rechten Kopfseite hat Weise schwere Verletzungen erlitten. Weitere Verletzungen wurden dem Hausdiener Krause, dessen Frau und Sohn zugefügt. Die umfangreiche Beweisaufnahme hatte das Ergebnis, daß Eichel zu 9 Monaten, beide Richter zu je 5 Monaten, Jakoby zu 4 Monaten, Deutschbein zu 1 Monat und die Wetzestein nicht wegen Diebstahls, sondern wegen Unterschlagung zu 5 Tagen Gefängnis verurteilt wurden. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Wegen Diebstahls wurde der Maurergeselle Hermann Schröder von hier, vielfach vorbestraft, unter Zubilligung mildernder Umstände zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Er war geständig, einer Frau Dietze einen Regenschirm entwendet zu haben. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr Zuchthaus beantragt.

Eine Gemeinheit „1. Klasse" war in der Nacht vom 5. März von dem Arbeiter Berbig auf dem hiesigen Bahnhof in dem Wartesaal 3. Klasse begangen worden. B. hatte sich in fraglicher Nacht mit einigen Arbeitern auf dem Bahnhofe versammelt und dort im Wartesaal eine große Notdurft verrichtet. Er erregte Aergernis und wurde vom Portier ersucht, die Verunreinigung zu beseitigen, worauf er noch grob wurde und schimpfte. Schließlich wurde er mit Gewalt hinausgebracht und vom Schöffengericht dafür zu 4 Wochen Haft und 4 Wochen Gefängnis verurteilt. Er hat sich bei der Strafe beruhigt und ein zweiter Mitbeteiligter Namens Henze hat seine eingelegte Berufung zurückgezogen. Der aber ebenfalls daran beteiligt gewesene Arbeiter Ernst Liebau, der sich unberechtigt in Berbigs Zurechtweisung eingemischt hatte, erhielt vom Schöffengericht auch 4 Wochen Gefängnis und bat bei seiner gegen das erstinstanzliche Urteil eingelegten Berufung um Geldstrafe. Die ihm zudiktierte Strafe wurde aber für nicht zu hoch bezeichnet und deshalb die Berufung verworfen.

Ein Zusammenstoß zweier Motorwagen, der am 25. April ds. Js. an der Kreuzung der Stein- und Ulrichstraße passiert war, hatte für den früheren Motorwagenführer, jetzigen Arbeiter Gottlob Schulze noch ein gerichtliches Nachspiel wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransports. Schulze soll als Straßenbahnwagenführer zu schnell gefahren sein und es unterlassen haben, seinen Wagen rechtzeitig anzuhalten. Der Fahrweg und die Schienen waren infolge des Regenwetters schlüpfrig und die Bremse soll erst an dem Geschäft bei Unbekannt gezogen worden sein. Durch den Zusammenstoß des Straßenbahnwagens mit dem Stadtbahnwagen wurde die Ehefrau des Schlossers Weiß, Minna Weiß, vor den Leib gestoßen. Sie mußte ohnmächtig aus dem Wagen geschafft werden und hat heute noch infolge der Verletzung zu leiden. Der Stadtbahnwagenführer rettete sich dadurch, daß er von dem Perron heruntersprang. Das Vorderteil des einen Wagens wurde aus den Schienen herausgehoben. Der Staatsanwalt beantragte 1 Woche Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Herzfeld war der Meinung, daß wenn so ein Unfall passiere, nicht immer jemand schuld sein müsse. Die Bahngesellschaften hätten die Pflicht, an solchen gefährlichen Stellen einen Mann zur Bewachung aufzustellen. Der Angeklagte sei freizusprechen. Der Gerichtshof erkannte demgemäß mit dem Hinweise, daß der Angeklagte den Zusammenstoß habe nicht voraussehen können.

Um Verführung eines unbescholtenen Mädchens, welches das sechzehnte Lebensjahr nicht vollendet hat, handelte es sich in der Sache des Maurers Otto Pfeiffer von hier. Derselbe ist vorbestraft wegen Beihilfe zur widernatürlichen Unzucht und soll die in Frage kommende That im Oktober v. J. auf den Wiesen an der Saale begangen haben. Die Verhandlung entzog sich der Oeffentlichkeit und hatte das Ergebnis, daß der Angeklagte freigesprochen wurde, da angenommen worden war, daß der Angeklagte nach der guten Entwickelung des Mädchens annehmen konnte, daß dasselbe das 16. Lebensjahr überschritten hat.

Unternehmer und Arbeiter in der Kriminalstatistik.

Da die Regierung in der Begründung zur Zuchthausvorlage sagt, daß die Bestrafungen wegen Beleidigung, Körperverletzung, Nötigung und Bedrohung in den letzten Jahren außerordentlich zugenommen haben und dies durch einige Zahlen zu beweisen sucht, so ist es interessant, nachzuweisen, welche Klasse der Bevölkerung zu dieser Zunahme den größten Prozentsatz stellt. Die Kriminalstatistik giebt einigen Aufschluß über die soziale Stellung der Verurteilten, ob „Selbständig", d. h. Unternehmer oder Arbeiter (wobei leider die „Angestellten" und Arbeiter nicht gesondert sind). Weiß man also die Zahl der Unternehmer und Arbeiter, so kann man berechnen, wie viel Verurteilte auf je 1000 Unternehmer und Arbeiter entfallen. Wollten die Begründer nachweisen, daß die Arbeiter sich besonders verbrecherisch erweisen, so hätten sie diese Berechnung mitgeteilt. Sie haben es nicht gethan. Sie wissen warum! Es ergiebt nämlich die Berechnung für die Jahre 1882 und 1895, wo wir über genaue Zahlen der Unternehmer und Arbeiter auf Grund der Berufszählung verfügen, folgendes: Es wurden verurteilt von je 1000 Unternehmern und Arbeitern (mit Einschluß der Angestellten) in Industrie und Handel

Delikt	Unternehmer 1882	Unternehmer 1895	Arbeiter 1882	Arbeiter 1895
Beleidigung	3,52	4,12	1,15	1,79
Einfache Körperverletzung	0,88	1,26	0,98	1,38
Gefährliche Körperverletzung	1,16	2,39	2,79	4,73
Nötigung und Bedrohung	0,22	0,53	0,20	0,50
Summa	5,78	8,30	5,42	8,40

Wie man sieht, halten sich Unternehmer und Arbeiter in Bezug auf die genannten Delikte so ziemlich die Wage. Besonders in Betracht kommen jedoch die Beleidigungen, Bedrohungen und Nötigungen, weil Körperverletzungen nach wie vor auf Grund des allgemeinen Strafgesetzes verfolgt werden sollen. Und nun muß den Begründern das Malheur passieren, daß **in Bezug auf diese Delikte die Kriminalität der Unternehmer eine höhere, als die der Arbeiter ist! Beleidigungen lassen sich die Unternehmer $2^{3}/_{5}$ Mal öfter zu schulden kommen, als die Arbeiter. Und die Zahl der wegen Beleidigung Verurteilten wächst schneller in den Reihen der Unternehmer, als der Arbeiter!** Sie stieg bei den ersteren um 0,60 pro Tausend, bei den letzteren um 0,34.

Das Delikt der Körperverletzung ist allerdings bei den Arbeitern häufiger. Das erklärt sich leicht: Im Affekt schlägt der Arbeiter leicht zu mit dem Handwerksgerät, das er gerade bei der Hand hat, und nervöse, überreizte Menschen, wie es die Fabrikarbeiter bei der übermäßigen Arbeitszeit sind und sein müssen, geraten leicht in Wallung. Außerdem hat der „Selbständige", der Unternehmer, die Mittel, sich einen tüchtigen Anwalt zu nehmen, der Arbeiter hat sie nicht. Letzteres wird illustriert durch folgende Zahlen: 1882 (für 1895 fehlt die Angabe) wurden von den 3473 wegen einfacher Körperverletzung angeklagten „Selbständigen" verurteilt 1563, d. h. 45 Proz., von den 6234 Arbeitern, die dieses Delikts angeklagt waren, wurden aber **80** Proz. verurteilt; wegen gefährlicher Körperverletzung wurden 75 Proz. der angeklagten „Selbständigen", 82 Proz. der angeklagten Arbeiter verurteilt. — Das ist ein zahlenmäßiger Beweis für die schärfere Handhabung des Gesetzes gegen den Unbemittelten, den Arbeiter. Und trotzdem! Zieht man die allgemeine Kriminalität in Betracht, so ergiebt sich folgendes: Es wurden verurteilt auf je 100

	Unternehmer	Arbeiter
1882	14,0	17,6
1893	21,2	21,8
1895 mehr als 1882	7,2	4,2

Es ist also — bei allgemeinem Steigen — **die Kriminalität der Unternehmer in bedeutend schnellerem Steigen begriffen als diejenige der Arbeiter.** Darnach beurteile man die Perfidie, welche darin liegt, einige willkürliche Zahlen herauszugreifen, um durch diese den Verdacht gegen die Arbeiter hervorzurufen.

Doch weiter: Die „Begründung" will den Verdacht erwecken, als seien unter den Arbeitern die organisierten Arbeiter diejenigen, welchen die meisten Gesetzesübertretungen zur Last fallen, als seien die Streiks vor allem Schuld an dem Steigen der Kriminalität. Die Begründung sagt, der Beweis ließe sich nicht direkt führen. Aber indirekt müsse er sich führen lassen: Man braucht nur diejenigen Länder und Provinzen, in denen die Organisation weit fortgeschritten ist, denjenigen gegenüber zu stellen, wo der gewerkschaftliche Kampf noch wenig zum Durchbruch kommt. Die Begründer thun auch das nicht. Wieder: Sie wissen warum! Es ergiebt sich nämlich folgendes: Wenn wir als Beispiele Sachsen (Königreich), Pommern und Schlesien herausgreifen, so ergiebt sich: es wurden auf je 1000 der Bevölkerung verurteilt:

Delikt	in Sachsen 1882	in Sachsen 1895	in Schlesien 1882	in Schlesien 1895	in Pommern 1882	in Pommern 1895
Beleidigung	1,30	0,74	1,41	1,49	1,09	1,16
Einfache Körperverletzung	0,16	0,09	0,65	0,86	0,51	0,85
Gefährliche Körperverletzung	0,77	0,57	0,91	1,68	0,99	1,86
Nötigung und Bedrohung	0,09	0,07	0,13	0,43	0,05	0,14
Summa:	2,31	1,47	3,10	4,46	2,64	4,01

Diese Zahlen besagen: Das hochindustrielle Sachsen, in dem der Klassenkampf am schärfsten in Deutschland geführt wird, in dem Polizei und Justiz jede noch so harmlose Handlung eines Arbeiters zu Verbrechen zu stempeln suchen, hat nicht nur unter den drei Ländern die relativ wenigsten Delikte gegen die Person aufzuweisen, sondern, es hat auch allein von den drei Ländern eine relative Abnahme der Verurteilungen aufzuweisen. — Die höchste relative Zahl der Verurteilungen weist Schlesien auf, wo die kapitalistische Revolution mit furchtbarer Gewalt arbeitet, ohne daß bisher die Arbeiter sich zu Achtung gebietenden Organisationen aufschwingen konnten. Pommern, das Dorado der Junker, in welchem die agrarische Bevölkerung noch bedeutend überwiegt, wo nur in den wenigen Städten die Rede sein kann von Streiks, hat eine relativ hohe Zahl der Verurteilungen aufzuweisen, und eine nahezu ebenso große Steigerung dieser Zahl als Schlesien.

Will man also die gesamten Vergehen und Verbrechen in einen Zusammenhang mit den sozialen Kämpfen bringen, wie es die „Begründung" thut, dann ergiebt sich folgendes: der revolutionierende Einfluß der kapitalistischen Entwickelung zeitigt eine hohe Reizbarkeit und Nervosität, welche sich in Delikten gegen die Person kundgiebt; diese Delikte sind unter den Unternehmern ebenso zahlreich, wie unter den Arbeitern; sie nehmen ab bei den Arbeitern, wo diese zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gelangt sind und einen planmäßigen, organisierten Kampf um die Hebung ihrer Klasse führen. — Die Bureaukulis aber, welche die Begründung des Ausnahmegesetzes gegen die Arbeiter, ausarbeiten mußten, sie durften es nicht wagen, die Zusammenhänge aufzudecken, welche die Zahlen der offiziellen Statistik lehren.

Sie suchen die Arbeiter, und besonders die organisierten Arbeiter zu verdächtigen und diese Verdächtigung stellt sich an der Hand eben des Materials, auf welches man sich beruft, heraus **als eine Lüge, als eine Verleumdung.** Es kann auch nicht anders sein: Lüge und Verleumdung, Gewalt, das sind die einzigen Waffen, mit denen die herrschende Klasse und ihre Regierung gegen die Macht der Zukunft, das Proletariat, kämpfen können.

Versammlungsberichte.

† **Zimmerer.** Am letzten Sonntag tagte im Händelpark eine äußerst lebhafte Versammlung der Zimmerer, der Vertrauensmänner-Zentralisation und Zentralverband, die sich zuerst mit dem Ergebnis der stattgefundenen Revision der Abrechnung vom letzten Streik zu beschäftigen hatte. Die Revisoren, dem Fachverein angehörend, gaben kurz ihren Bericht über die von Kamerad Wille verlesenen Einnahmen und Ausgaben während der Streiks, und erklärten ausdrücklich, daß sie die Beläge geprüft und die Zahlen für richtig befunden haben. Der Vertrauensmann Kloß verlas die Abrechnung der Verbandsmitglieder. Die Revisoren derselben entwickelten darüber kein schönes Bild, denn bei der Revision waren Differenzen entstanden; besonders Revisor Naumann hielt die aufgestellte Abrechnung nicht für zahlenmäßig richtig und hat auf Grund dessen seine Unterschrift verweigert. Ueber die einzelnen Beanstandungen der betreffenden Abrechnung entspann sich eine lebhafte Debatte, in welcher der Standpunkt Naumanns als korrekt bezeichnet, nur von einigen Verbandsmitgliedern als irrig hingestellt wurde, worauf ein von Grimm gestellter Antrag die Revision nochmals durch dieselben Personen vorzunehmen und zwar müsse hierzu sämtliches Material, wie Listen, Karten, Marken usw. zur Prüfung vorgelegt werden, einstimmig angenommen wurde.

Zu Punkt 2: Berichterstattung der Gesellenausschusses über die Antwort der Innung bezügl. der schriftlichen Anerkennung des Stundenlohnes von 45 Pf., referierte das Ausschußmitglied Weise über die stattgefundene Sitzung, in der etliche Meister der Meinung Ausdruck gaben, die schriftliche Anerkennung rundweg abzulehnen, denn kein vernünftiger Mensch könne diesem zustimmen. Die dort vertretenen Gesellen haben die richtige Antwort darauf gegeben und die Folgen vorgeführt, die aus solchem Gebaren der Unternehmer entstehen können. Die definitive Entscheidung über die Eingabe der Zimmerer will die Innung im Laufe dieser Woche durch Innungsbeschluß treffen. So lange müsse gewartet werden, im Falle der Ablehnung aber auch jeder vernünftige Zimmerer auf dem Posten sein. Der Standpunkt der Innungsmeister wurde in der Versammlung allseitig scharf gerügt und noch hinzugefügt, daß sich die Herren Meister dies wohl reiflich überlegen mögen, ob sie hier den Lohnstreit verhüten wollen oder nicht. Das Gros der Zimmerer steht ihnen gewappnet gegenüber.

Unter „Gewerkschaftliche Mitteilungen" wurde nach Anfrage des Genossen Reiwand über die Stellung der Zimmerer zur Errichtung des Arbeiter-Sekretariats eingegangen und von Rednern beider Organisationen der Standpunkt genau präzisiert, welcher veranlaßt hat, bis jetzt **keine** bindende Zusage für einmalige und dauernde Beitragsleistung abzugeben. Es wurde ferner ausgeführt, daß die finanziellen Leistungen stets nur den organisierten Arbeitern aufgebürdet, den Nutzen zum großen Teil die Indifferenten speziell vom Sekretariat haben. Wenn auch die Nützlichkeit desselben im allgemeinen anerkannt wird, so sei die Zahl der Organisierten am Orte noch zu gering. Als Beweis dafür würde zutreffend sein, daß die in hiesigen Fabriken, Schlosser- und Schmiedewerkstellen beschäftigten Arbeiter circa 12000 betragen und nur nach Angabe der letzten Kartellstatistik 1355 als organisiert aufgeführt sind, in deren Berufen die Mißstände und gesetzlichen Verstöße am allermeisten Anlaß zu Beschwerden geben, wo allerdings ein Sekretariat hilfreich zu Seite stehen könne. Auch für die ländlichen Arbeiter, die keine Organisation haben dürfen, wäre es ein wirksames Institut. Die Organisationen der Zimmerer werden also nochmals die Frage erwägen, ob sie Beiträge zum Arbeitersekretariat leisten wollen. Dann wurde kurz darauf hingewiesen, daß die Revision der Streikabrechnung baldigst stattzufinden hat und die nächste gemeinsame Versammlung an einem Wochentage abgehalten wird. Gr.

† **Arbeiter-Bildungs-Verein.** Am 12. Juni fand im Vereinslokal eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung war: 1) Vortrag über „An der Schwelle des Jahrhunderts", Referent Herr Gramann; 2) Verschiedenes.

Referent besprach in seinem Vortrag das letzte Jahrhundert, dessen Entwickelung, Verlauf u. s. w. in allen wirtschaftlichen sowie sonstigen Verhältnissen. Der einstündige Vortrag war recht interessant und lehrreich und erntete Referent hierfür sehr guten Beifall. An der darauffolgenden Diskussion beteiligten sich verschiedene Redner, welche ebenfalls recht interessante, zum Vortrag gehörige Ausführungen machten. Da wegen vorgerückter Zeit die sehr interessante Diskussion nicht beendet werden konnte, so wurde auf Antrag des Herrn Weißmann einstimmig beschlossen, die Diskussion in der nächsten Versammlung fortzusetzen. Zum Punkte Verschiedenes wurde zuerst der Vorschlag vom Vorstand, betreffs Anschaffung von Turngeräten und Kauf für die Filiale Trotha nach kurzer Debatte gegen eine Stimme angenommen und das weitere dem Vorstand überwiesen. Im weiteren wurde dann noch bekanntgegeben, daß der Vorstand beschlossen hat, daß Bücher aus der Bibliothek nur auf Vorzeigung des Mitgliedsbuches ausgehändigt werden. M.

Vermischtes.

* **Schon wieder ein Schiffsunglück.** Der Dampfer „Mauritius" aus Glasgow, der sich auf der Reise von Kotka nach England befand, stieß in der Nacht mit dem Dampfer „Artushof", der von Blyth nach Danzig fuhr, zusammen. Zehn Minuten nach dem Zusammenstoß sank der „Artushof". Zehn Mann der Besatzung, worunter der erste Maschinist, sind ertrunken. Der Kapitän und 7 Mann wurden von dem „Mauritius" aufgenommen, welcher in Frederikshavn mit starken Beschädigungen eingelaufen ist.

* **Der Karabiner des Gendarmen.** In einem Garten-Restaurant der in der Nähe von Prag gelegenen Ortschaft

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621899O621-12/fragment/page=0007

Pdhor ging auf bisher unaufgeklärte Weise der Karabiner eines Gendarmen los, wodurch ein Musiker getötet und zwei verwundet wurden.

* **Der Erzpriester Verzone** wurde am Sonnabend in Alessandria nach achttägiger Verhandlung zu 17½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Er hatte die Bäuerin Bonzi aus Furcht vor angedrohten Verleumdungen durch Hammerschläge ermordet und den Leichnam in einen Graben geworfen.

* **Nackte Waden!** Auch in Mainz giebt es wackere Leute, die an der Hebung der Sittlichkeit rüstig mitarbeiten. Einem von ihnen ist es sogar gelungen, etwas ganz Neues zu entdecken: den angeblich unästhetischen, nicht ganz sittlichen Eindruck, den nackte Kinderbeine auf zart besaitete Gemüter hervorbringen. Der Mainzer Neueste Anzeiger veröffentlicht folgende Zuschrift: Nackte Waden! Mit solchen sieht man eben die Kinder besser gestellter Leute auf den Straßen. Kaum daß die Strümpfe über das Schuhwerk hinausragen. Diese neueste „Mode" finde ich und mit mir gewiß noch viele unästhetisch. Die Hände steckt man in Handschuhe, die Waden aber läßt man nackt! Es ist dies nicht schicklich und kann auch eventuell gesundheitliche Nachteile haben, da die nackten Beine dem Stich der Insekten ausgesetzt sind, die eventuell Giftstoffe übertragen können. Zieht deshalb den Kindern wieder längere Strümpfe an.

* **„Ja, Ja!"** Der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe hat einen Bäckermeister, der ihm als Vertreter der Berliner Bäckerkrankenkasse die Beschwerden seines Gewerbes vortrug, mit seiner bekannten Freundlichkeit angehört, dann genickt und geäußert: „Ja, ja!" Fürst zu Hohenlohe scheint zu fühlen, daß es allmählich Zeit wird, wenn er etwas zur Mehrung unseres Schatzes von geflügelten Worten thun will, wie Bismarck das in so verschwenderischer Weise gethan hat, und wie es selbst Caprivi mit dem bekannten Ausspruch von dem „Manne ohne Ar und Halm" geglückt ist. Der tiefsinnige Ausspruch „Ja ja", der in der knappsten Form eine ganze Fülle von Gedanken birgt, ist gewiß nur der Vorläufer einer langen Reihe von anderen, die sich ihm als durchaus ebenbürtig und gleichwertig zur Seite stellen werden. Dies erste geflügelte Wort unseres allverehrten Kanzlers wird im ganzen Reiche mit um so größerer Freude begrüßt werden, als er bekanntlich, von besonders glücklichen Momenten abgesehen, der freien Rede nur wenig mächtig ist. (Kladd.)

* **Aus dem Reiche des Blödsinns.** Unter der Spitzmarke „Eine Spiritistenehe annulliert" wird aus Amerika berichtet: Die seit vielen Jahren nicht ganz zurechnungsfähige Witwe Beach, die auch schon in einer Irrenanstalt gewesen war, lernte vor einiger Zeit einen gewissen Richardson-Rogers kennen, welcher das Geschäft eines spiritistischen Mediziners betreibt. Der Mann bemächtigte sich der verschrobenen Dame ganz und gar, setzte sie mit der Geisterwelt in Verbindung und befahl ihr schließlich, ihn zu heirathen, was sie auch that. Nachdem ihm das gelungen war, ließ er sich aus dem Jenseits von dem verstorbenen Manne eine Botschaft schicken, welche die Uebertragung des 350000 Dollars betragenden Vermögens der Frau auf ihn für nötig erklärte. Auch diesen Wunsch erfüllte die alte Dame, deren Kinder indessen einen Prozeß gegen den Schwindler anstrengten, der jetzt nach endlosen Verhandlungen entschieden worden ist. Das Gericht erklärte die Ehe und die Uebertragung des Vermögens für null und nichtig, weil die Frau geistig unzurechnungsfähig gewesen und es noch sei.

* **Der „König der Diebe".** Aus Wien wird berichtet: Nach fast einjähriger Dauer ist nunmehr die Untersuchung gegen den „König der Diebe" Julius Raidl abgeschlossen worden. Raidl, eine der interessantesten Erscheinungen in der Verbrecherwelt, wird sich wegen weit mehr als vierhundert Diebstählen zu verantworten haben. Er war auf die anonyme Anzeige eines offenbar neidischen „Geschäftskollegen" verhaftet und gestand, als ihm ein Diebstahl aus der letzten Zeit vorgehalten wurde, gleich 137 andere Diebstähle. Im Landesgerichte begann er dann seine Memoiren zu schreiben, in welchen er weitere 300 Diebstähle in allen Bezirken Wiens und den umliegenden Sommerfrischen erwähnte. Da man ihm nicht recht glaubte, wurde durch fast drei Wochen mit ihm in einem Fiaker spazieren gefahren, und zwar in Begleitung zweier handfester Detektives und eines Polizeikommissars, wobei er ein fabelhaftes Gedächtnis und eine bewunderungswürdige Ortskenntnis entwickelte. Zahlreiche Diebstähle, die er eingestanden hatte, waren gar nicht angezeigt, ja, einzelne noch nicht einmal entdeckt worden. So führte er die Kommission zu einem Hausherrn, dem er einen Hirschfänger gestohlen hatte; der Hausherr erklärte, der Hirschfänger hänge oben über einem Schreibtische. Die Kommission begab sich in das betreffende Zimmer und siehe — der Hirschfänger war weg zum größten Erstaunen seines Besitzers. In einem andern Falle erschien die „Kommission" mit Raidl in der Wohnung einer alten Dame, die er bestohlen haben soll. Die Dame erklärte, sie wisse von nichts, es fehle ihr nichts. „So" rief Raidl — „schauen S' nur nach, da in dem Vorzimmerkasten, in der untern Lad', da müssen Ihnen Stiefletten, Hüt' und Wäsche fehlen!" Und richtig erfuhr die Dame erst von Raidl, daß sie bestohlen worden sei. Seine ganze Praxis bestand darin, daß er mit einer eingebundenen Hand als Bettler oder als Hausierer mit einem Kästchen Haarnadeln, Zündhölzchen u. s. w. von Thür zu Thür ging und, wenn sich jemand meldete, bettelte oder hausierte, wenn aber die Thür offen war, stahl, was ihm in den Wurf kam. Er war nicht wählerisch und nahm alles. Anfangs belastete er seine Geliebte, zu der er früher zu sagen pflegte: „Auf mi kannst stolz sein, Anna. So einen Dieb kriegst Du nicht mehr!" Später zog er seine Beschuldigungen zurück und seine Geliebte wird nicht als Angeklagte, sondern als Zeugin im Gerichtssaal erscheinen. Im Gefängnis selbst bestahl er den Kerkermeister und seine Zellengenossen.

* **Was kostet in Berlin ein Konzert einer Militärkapelle?** Diese Frage beantwortet der Berl. Lokal-Anzeiger wie folgt: Auf Betreiben der Zivil-Musiker ist vom Kriegsministerium ein bestimmter Tarif festgesetzt. Danach kostet eine Regimentskapelle an Wochentagen pro Abend 160 oder 163 M. bei einer Spieldauer von vier Stunden (7—11 Uhr). Der Mann erhält vier Mark, also eine Mark pro Stunde, während der Kapellmeister 25 Mark bekommt. An Sonntagen kostet die Kapelle 250 M., wovon auf den Mann sieben Mark, auf den Kapellmeister aber auch nur 25 Mark kommen. Jede weitere angefangene Stunde kostet pro Mann 50 Pfg. mehr. Die Inhaber von Konzertlokalen schließen mit den betreffenden Kapellen Verträge auf die ganze Saison ab. Darin ist bestimmt, daß, wenn bei schlechtem Wetter bis 1 Uhr nachmittags die Kapelle nicht abbestellt wird, sie zu spielen hat. Hindert sie alsdann das anhaltend schlechte Wetter am Spielen, so erhält sie die Hälfte des vereinbarten Honorars. Hat sie aber angefangen zu spielen, und auch nur ein einziges Stück gespielt, so ist die volle Summe zu zahlen. Da außer dem Honorar für die Kapelle noch die Ausgaben für Annoncen, Säulenanschläge, Billeteure und Kontrolleure zu decken sind, so stellen sich die Gesamtkosten für einen Spielabend auf ungefähr zweihundert Mark. — Unserer Ansicht nach dürften die Militärmusiker überhaupt keine Konzerte lediglich des Verdienstes halber geben. Denn sie sind nicht dazu da, um den Zivilmusikern Konkurrenz zu machen.

* **Skandalszene auf einem Friedhofe.** In Graz fand kürzlich das Begräbnis des Gastwirtes und Fleischhauers Joseph Felber statt, von dem die Fama erzählte, daß er aus Gram über ein Liebesverhältnis, das seine Frau unterhielt, gestorben sei. Schon bei der Aufbahrungshalle beim Paulusthor nahmen die zum Begräbnis Erschienenen eine drohende Haltung gegen Frau Felber ein und beschimpften sie. Auf dem Friedhofe wiederholten sich beim offenen Grabe diese Szenen in verstärktem Maße. Die vorne Stehenden erstiegen die nächsten Grabhügel, spien die Frau an und beschimpften sie in drohender Weise, so daß sie die Flucht ergreifen mußte. Die Menge folgte ihr, Stöcke und Schirme schwingend. Beim Ausgange des Friedhofes hatten sich mehrere hundert Personen angesammelt. Ein wüstes Geschrei erfüllte die Luft. Eine Frau riß der Witwe, welche sich den Weg durch die Menge zu bahnen versuchte, Hut und Schleier vom Kopfe. Schon schien es, als ob die erbitterten Männer und Weiber zu ernsten Handgreiflichkeiten schreiten würden, als es einigen Herren gelang, einen Fiaker zum Kirchhofthor zu bringen. Der Wagen wurde mit Sand und Steinen beworfen, und erst als Polizei zu Hilfe kam, konnte die Frau den Wagen besteigen, welcher noch weithin von der Menge, welche schimpfte und schrie, verfolgt wurde.

* **Wie die gesellschaftlichen Drohnen die Zeit totschlagen.** Bürgerliche Blätter berichten unter der Spitzmarke „Wander-Diners" folgendes:

„Die amerikanischen Damen haben seit einigen Tagen einen neuen Scherz ersonnen, der ihnen eine besonders angenehme Zerstreuung bietet. Sie arrangieren Wander-Diners, die darin bestehen, daß sich Damen mehrerer Häuser — die Anzahl hängt von der Zahl der betreffenden Gänge ab — zusammenthun und an einem bestimmten Tage ein Diner besprechen, für das in jedem einzelnen der Häuser ein Gang angerichtet wird. Zur bestimmten Stunde findet sich dann die Gesellschaft in dem Hause Nr. 1 zusammen, wo z. B. die Suppe genossen wird, worauf man die bereitstehenden Equipagen besteigt und in das Haus Nr. 2 fährt, um die Vorspeise einzunehmen. Das Wandeln von Haus zu Haus wird so lange fortgesetzt, bis im letzten Hause der schwarze Kaffee aufgetragen wird. Ein derartiges Diner dauert in der Regel 5—6 Stunden. Wie die Erfinder dieser neuesten amerikanischen Mode versichern, giebt es kein besseres Mittel, um den Hunger zu stillen, als ein so ausgedehntes Diner, bei dem auch der Flirt auf seine Kosten kommt. Das Menu für ein Wander-Diner wird immer einige Tage vorher angesetzt, wobei man ganz genau die Stunde bestimmt, zu welcher man sich in den betreffenden Häusern einfinden will."

Für diese „Damen" steht in all' den numerierten Häusern also ein gefundenes Fressen bereit. Es mag für arme Näherinnen und andere weibliche sowie männliche ausgebeutete Menschenkinder ungemein trostreich sein, daß die wandernden Diner-Damen oder dinierenden Wander-Damen nur etwa ein Drittel der Zeit, welche die Ausgebeuteten auf ihre Tagesarbeit verwenden, zu einem Wander-Freßgelage brauchen. Die Ausgebeuteten werden es ferner sehr tröstend finden, wenn sie erfahren, daß es „kein besseres Mittel" giebt, den Hunger zu stillen, als so ein Wander-Diner. Die kapitalistische Ordnung zeigt wahrhaftig oft genug an Beispielen, daß sie an ihrer Widersinnigkeit, weil sie ein Hohn auf die Gerechtigkeit ist, zu Grunde gehen muß.

Aus dem Reiche.

Berlin. Sieben verschwundene Mädchen. Die Polizei recherchiert gegenwärtig nach dem Verbleib von nicht weniger als sieben jungen Mädchen im Alter von 13 bis 22 Jahren. Der traurigste Fall ist wohl das Verschwinden der 22jährigen Kunstschülerin Gertrud Peiler, von der noch jede Spur fehlt, obgleich die von ihren Angehörigen ausgesetzte Belohnung von 300 auf 500 M. erhöht worden ist. Die Angehörigen sind davon überzeugt, daß an der jungen Dame ein Verbrechen verübt wurde, während die Polizei an einen Selbstmord glaubt. — Zwei Dienstmädchen werden ebenfalls vermißt, und zwar die 18jährige Meta Mundt, welche bei dem Kaufmann Kampfenkel in der Kaiserstraße diente, seit Pfingsten, und die 17jährige, bei dem Schankwirt Schröder am Grünen Weg bedienstete Klara Gutschmidt. Beide Mädchen sind anscheinend in schlechte Gesellschaft geraten und werden von dieser an der Rückkehr gehindert. — Die 17jährige Erna Strauch aus der Schwerinstr. 12 ist seit dem 1. April verschwunden. Da das Mädchen Spuren von Geistesstörung zeigte, befürchtet man einen Unfall. — Die 18 Jahre alte Marie Buschowski, Jerusalemerstraße 62, entlief am 4. d. Mts., als ihre Stiefmutter ihr Vorwürfe machte. — Seit dem 13. April ist die 22jährige Schneiderin Helene Bergmann aus der Brunnenstraße verschwunden. Das junge Mädchen unterhielt ohne Wissen ihrer Eltern ein Verhältnis mit einem Tischlergesellen. Als dies an den Tag kam, wurde Helene B. der Verkehr mit dem jungen Mann untersagt. Darauf verschwand sie. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Pärchen gemeinsam das Weite gesucht hat. — Die 13jährige Tochter Helene des Arbeiters Rokesch aus der Frankfurter Allee 177a verließ vor einigen Tagen heimlich die elterliche Wohnung und kehrte nicht wieder zurück. Das Kind hat zu Spielgefährten geäußert, für sein Leben gern Sängerin werden zu wollen. Da Helene R. schon mehrmals entlaufen ist, so ist es wahrscheinlich, daß sie einen abenteuerlichen Plan im Kopfe hat.

Darmstadt. Prozeß Rapp. Das Urteil im Prozeß Rapp lautete nach kurzer Beratung auf 3 Jahre 4 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft. Rapp trat seine Strafe sofort an. (Ausführlicher Bericht erfolgt morgen.)

Coschütz. Ein blutiges Ehedrama spielte sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag hier ab. Ein seit einem Jahre verheiratetes Ehepaar lebte seit länger Zeit in Unfrieden. Grundlose Eifersucht seitens der Frau führte oft zu Zwistigkeiten und reifte schließlich bei dem Weibe den Entschluß, ihrem Mann und sich selbst das Leben zu nehmen. Als nun am Sonnabend abend der Mann im Bette lag, nahm sie ein Beil, schlich in die Kammer und schlug auf ihren schlafenden Mann ein, der, von den Schlägen betäubt, sich nicht wehren konnte. Nach vollbrachter That schloß sie Stube und Kammer ab, begab sich in die Küche und trank verdünnte Schwefelsäure, um sich selbst zu töten. Entgegen ihrer Erwartung erwachte ihr Mann aber aus der Betäubung und rief um Hilfe. Hausbewohner und Straßenpassanten, welche die Hilferufe hörten, drangen in das Haus ein und sprengten die verschlossene Wohnung auf. Aus vielen Wunden blutend, fanden sie den Mann in der Kammer, während die Frau in der Küche unter dem Tische anscheinend betäubt lag. Ein herbeigeholter Arzt leistete der Frau sofort Hilfe, gab ihr Gegenmittel ein, und alsdann wurde sie nach Dresden ins Landgericht eingeliefert. Die Verletzungen des unglücklichen Mannes sind zwar schwer, doch nicht lebensgefährlich.

Dresden. Eine neue Hopffe-Geschichte erzählt die Westend-Zeitung: Herr Hopffe ließ sich einst von der seiner Wohnung am nächsten gelegenen Droschkenstation eine Droschke kommen, um eine 50 Pfennigtour zu fahren. Der Kutscher verlangte aber für die Fahrt einschließlich des Herzuholens 60 Pf. Nun haben zwar die Droschkenkutscher das Recht, für das Zufahren vom Standplatze zum Wohnhause des Bestellers bei über 50 Meter Entfernung 10 Pf. Zuschlag zu verlangen. Leider wußte aber Herr Hopffe in diesem Falle genau, daß die fragliche Entfernung nur 45 Meter betrug. Er verzichtete auf die Fahrt und zeigte den Droschkenkutscher als Betrüger an, so daß sich letzterer deshalb vor Gericht verantworten mußte — wegen 10 Pf. und Ueberschätzung der Entfernung — und das hat einer veranlaßt, der jetzt wegen Unterschlagung von 200000 M. sich zu verantworten hat.

Die Geschichte ist für den gefallenen Kommerzienrat sehr charakteristisch.

Apolda. Erblindet. In atemloser Hast eilte vor einigen Tagen der Techniker Paul Röhrstedt zur Bahn, um nach Erfurt zu fahren, und erreichte den Zug noch im letzten Augenblicke. Als der junge Mann dann aus dem Fenster sah, um seinen Angehörigen noch einen Scheidegruß zuzurufen, bemerkte er bald, daß tiefer Schatten sein Augenlicht verdunkelte. In Erfurt angekommen, war der Aermste auf beiden Augen erblindet.

Gera. Zu einem Jahr Gefängnis verurteilte die Strafkammer den 21jährigen Hausburschen Weidehaas wegen Besudelung des dortigen Bismarck-Denkmals.

München. Bei dem Rennen in Riem stürzte Herzog Siegfried in Baiern und wurde bewußtlos vom Platze getragen. Der Herzog erlitt eine Gehirnerschütterung.

Bayreuth. Sonnabend abend hat sich hier der beim Heumagazin beschäftigte 50jährige königlich preußische Steuerinspektor Georg Basset mit einem kurz vorher in einem hiesigen Laden gekauften Revolver erschossen. Basset war seit einer Reihe von Jahren in Hof stationiert. Das Motiv der That soll ein langjähriges Nervenleiden sein, wegen dessen er auch schon früher in einer Nervenheilanstalt Heilung gesucht hatte.

Stettin. Das Gerücht, daß der Kapitän Ehrke vom Dampfer „Pölitz" verhaftet worden sei, bestätigt sich nicht. Anlaß zu demselben war der Umstand, daß der Kapitän einem längeren Verhör unterzogen wurde.

Mainz. In der Zementfabrik Weisenau wurde gestern der Italiener Conterini durch einen Sprengschuß getötet.

* **Im Monat Mai 1899** wurden in der Stadt Halle 357 Kinder als geboren angemeldet, 189 männlichen und 168 weiblichen Geschlechts; darunter 60 uneheliche Geburten, 14 männliche und 12 weibliche von hiesigen 23, männliche und 11 weibliche von auswärtigen Müttern.

Von 321 Kindern sind die Eltern evangelischer Konfession,
" 13 " " " " katholischer "
" 1 " " " " mosaischer "
" 21 " " " " gemischter "
" 1 " " " " Dissidenten.

Als verstorben sind angemeldet: 123 Personen männlichen und 95 weiblichen Geschlechts = 218, dazu 10 Totgeburten, sind 228 Todesfälle.

Alter der Verstorbenen:

unter 1	Jahr	30	männl.	23	weibl.	Geschl.
von 1	"	8	"	2	"	"
2—5	"	13	"	9	"	"
6—10	"	5	"	1	"	"
11—15	"	4	"	3	"	"
16—20	"	5	"	1	"	"
21—30	"	6	"	6	"	"
31—40	"	11	"	8	"	"
41—50	"	8	"	5	"	"
51—60	"	9	"	11	"	"
61—70	"	11	"	15	"	"
71—80	"	11	"	9	"	"
über 81	"	1	"	1	"	"
unbekannt		1	"	1	"	"
		123	männl.,	95	weibl.	Geschl.

183 waren evangelischer, 11 katholischer, 1 mos. Konfession, ungetauft 23.

Es waren 75 männliche, 49 weibliche ledig; 41 männliche, 2 weibliche verheiratet; 6 männliche, 22 weibliche verwitwet; 1 männliche, 1 weibl. geschieden.

Geboren wurden 357, gestorben sind 228, mithin 129 Geburten mehr als Todesfälle.

Ehen wurden 140 geschlossen.

Litteratur.

Von der **Neuen Zeit** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 38. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir besonders hervor: Dialektik und Entwickelung. Antwort auf Kautzkys Artikel „Bernstein und die Dialektik". Von Ed. Bernstein. (Schluß.) — Der Nährwert des Alkohols. Von Dr. Rudolf Wlassak (Wien). — Zu dem Kampfe gegen die Reglementierung der Prostitution. Von Therese Schlesinger-Eckstein.

Quittung aus Hohenmölsen.

Auf folgende Listen sind bei mir eingegangen für Parteizwecke durch H. Drähne: Nr. 85 —.90, 86 1.70, 87 leer. D. B.

Quittung aus Eisleben.

Gesammelt von Arbeitern der Krughütte in Eisleben, nicht für Obervogt Enke, sondern für Genossen Mannigel 1.80 M. — Von solchen, welche am Pfingstfest für 1⅓ Schicht 1.80 M. Festgeld erhielten, während früher für zwei Festschichten 4.— M. Festgeld gezahlt wurden. Gr.

Briefkasten der Redaktion.

Naumburg. Angekommen. Wird verwendet. Herzliche Grüße.

D., Schkeuditz. Sie sind nicht verpflichtet, der Innung beizutreten.

P., Hohenmölsen. Ihre Frage ist uns nicht recht klar. Schildern Sie uns den Fall noch einmal ausführlich.

Buchen, Halle. Sie müssen persönlich in der Redaktion vorsprechen, falls über den Fall etwas berichtet werden soll.

A. H. 22. Ihre Tochter braucht den Vater des Kindes nicht zu nennen. Wenn sie es thut, steht Ihre Sache jedoch wesentlich günstiger.

Klein-Wittenberg R. Sie hätten beim Wirt die Beseitigung des Uebelstandes beantragen müssen und erst, wenn er sich geweigert hätte, wären Sie zum Abbestellen der Wohnung berechtigt gewesen. Haben Sie die Forderung nicht gestellt, dann werden Sie die Miete bezahlen müssen, falls die Wohnung leer gestanden hat. Ehe Sie das aber thun, schreiben Sie uns noch einmal ausführlich, vor allem, ob der Wirt auf ihre Abbestellung etwas geäußert hat oder nicht.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, den 17. Juni.

Aufgeboten: Der Tischler Julius Kirchner und Auguste Gothe (Kuhgasse 3). Der Kaufmann Hermann Rühl, und Martha Eisengarten (Große Steinstraße 5 und Franckeplatz 1). Der Dachdecker Johannes Hilpert und Martha Becker (Mansfelderstr. 2 und Unterplan 11).

Eheschließungen: Der Dachdecker Franz Wolf und Emma Zikhardt (Schmiedstr. 28 und Magdeburgerstraße 8). Der Zimmermann Wilhelm Meinhardt, und Anna Schulze (Ankerstraße 6 und Kleine Brauhausstraße 11). Der Hilfsbremser Hermann Henschel und Marie Hennings (Raffineriestraße 1 und Ludwig Wuchererstraße 21). Der Maler Theodor Kolasiewicz und Anna Kirchhof (Taubenstraße 28).

Geboren: Dem Buchhalter Paul Hädicke ein S., Paul (Götheſtraße 38). Dem Künstler und Musiker Ferdinand Herzberg eine T., Elise. Dem Fabrikarbeiter Ludwig Hallen eine T., Helene (Brunnenstraße 13). Dem Klempnermeister Franz Weise eine T., Margarete (Meckelstraße 6). Dem Schlossermeister Karl Röthgen eine T., Sibylla (Reideburgerstraße 4). Dem Handarbeiter Otto Nicolai ein S., Arthur (Glauchaerstraße 60). Dem Schlosser Paul Walter eine T., Anna (Schlosserstraße 1). Dem Lehrer und Organist Johannes Francke eine T., Lydia (Schmeerstraße 1). Dem Lokomotivheizer Ernst Kessel ein S., Kurt (Dessauerstraße 19).

Gestorben: Der Regierungsbaumeister Gustav Hasse, 49 J. (Bahnhofstraße 10). Die Witwe Auguste Kunter geb. Hennicke, 67 J. (Große Schloßgasse 12). Des Bahnarbeiter Joseph Mucha Ehefrau, Klara geb. Traeger, 22 J. (Klinik). Des Bahnarbeiter Wilhelm Schulze S. Willy, 3 Mon. (Lessingstraße 16). Anna Rohland, 15 J. (Klinik). Des Schneider August Sonderhoff T. Lucia, 9 Mon. (Geiststraße 20). Der Gerichtsvollzieher August Vogelmann, 42 J. (Alter Markt 25). Der Zigarrenmacher Karl Schulz (Klinik). Agnes Rohland (Klinik). Die Witwe Wilhelmine Rockler geb. Nagel, 81 J. (Schmeerstraße 18). Des verst. Schuhmachermeister August Trätmar S. Arno, 6 Mon. (Neumarktstraße 12).

Giebichenstein, vom 14. bis 16. Juni.

Aufgeboten: Der Rangierer B. Kuhnt und M. Lehmann (Leopoldstr. 31 und Wittekindstraße 13). Der Schlosser R. Moritz und B. Lorenz (Giebichenstein und Halle).

Geboren: Dem Handarbeiter C. Richter eine T. (Zietenstraße 35). Dem Handarbeiter A. Rückmann ein S. (Auguststraße 7). Dem Fleischer K. Brix eine T. (Auguststraße 59). Dem Bäckermeister Fleischer eine T. (Reilstr. 12). Dem Maurer H. Schubert ein S. (Auguststraße 60).

Gestorben: Des Fabrikarbeiter F. Gottschalk T., 2 J. (Schmelzerstr. 36). Des Pfefferküchler B. Sabothge S., 5 Mon. (Leopoldstraße 34).

Verantwortlicher Redakteur: **A. Weißmann** in Halle.

Gartenspiele,
Croquet, Tennis, Fussball, Boccia, Kegelspiele, Ring- und Ballwerfen, Steck-, Stoss-, Wurf- und Schiessscheiben, Adler, Sterne etc. zum Abschiessen. Neuheiten in Sandspielen, Blumenpressen, Gartengeräte, Sandkarren, Sandwagen, Sprengwagen, Schmetterlingsnetze etc.
C. F. Ritter, Halle S., Leipzigerstr. 90.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218990621-12/fragment/page=0008